

Ausgabe
Groß-Berlin

Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Tragödie und Farce

Hitlers Nebenregierung

„Proklamation“ / Empfang der Weltpresse / Eigene „Gesandte“ in London und Rom

Die Außenpolitik des Brauhäuslers

† Berlin, 5. Dezember.

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“ So Karl Marx im „achtzehnten Brumaire“.

Eine Tragödie und Farce zugleich aber ist es, daß ein hohlköpfiger „Trommler“ wie Hitler heute bereits Weltgeltung hat. Ja, es ist so weit, daß dieser Braun- und Tollhäusler nicht nur eine innerpolitische Nebenregierung aufrichten konnte, nein, daß er Leute schon neben dem offiziellen Außenminister der Brüning-Regierung, der Brüning heißt, selbständig Außenpolitik treibt und im Ausland ernst genommen wird. Man rechnet mit ihm als dem sicher kommenden Mann, hier erfreut, dort resigniert, aber man rechnet mit ihm, und wenn es die Deutschen so wollen... Gott mit ihnen!

Und so wird der Hitlermann Rosenberg in London bereits wie ein Gesandter des „Dritten Reichs“ empfangen, von der Presse, deren Vertreter er zu sich eingeladen hat, andächtig angehört, und seine Aeußerungen werden weitläufig dem englischen Publikum unterbreitet.

Zu gleicher Zeit bringt sich der „Chef“ selbst dem Ausland in empfehlende Erinnerung. Er empfängt in Berlin die Vertreter der englischen und amerikanischen Presse und übergibt ihnen eine „Proklamation“ über seine Ziele — ganz im Stile des „Verflossenen“. So etwa: „Ich bin bereit, die private kommerzielle Verschuldung Deutschlands als Kaufmann gegenüber den andern anzuerkennen.“ — „Ich werde ein Regime äußerster Sparsamkeit einführen“ usw.

Und die ausländische Presse diskutiert ernsthaft. Nicht nur die angelsächsische, auch die französische. Das rechtsgerichtete „Ordre“ z. B. weiß zu berichten, daß Hitler Verständigung mit allen Mächten, einschließlich Frankreich, suche, daß er den „Heiligen Stuhl“ für sich zu gewinnen bemüht sei — zwei seiner „Gesandten“ sind in Rom — kurz: Herrn Brünings außenpolitisches Prestige ist bereits von dem Hitlers überschattet, er gilt anscheinend schon als halb erledigt. Auch Wallstreet, d. h. die amerikanische Börse und Finanz wartet interessiert auf die Wirkung der „Proklamation“, um danach die Spekulation zu richten.

So erfüllt sich denn anscheinend alles, was vorausgesehen war, was vorausgesehen wurde. Auf der nationalistischen Trompete blasend, hat Hitler auf dem politischen Markt seine Bude aufgemacht; die Konkurrenten um die Volksgunst trompeteten, um nicht zurückzubleiben, die gleiche Melodie. Doch den Brauhäusler konnten sie nicht übertönen noch erreichen. Seine Bude wurde voller und voller. Jetzt kann er es wagen, langsam zu einem anderen Motiv überzugehen; denn daß das Ausland sich nicht diktieren läßt, das weiß der Marktschreier sehr genau. Daß er heute schon das Steuer herumwirft, zeigt, daß er sich sicher fühlt, daß er seine Machtposition erobert hat oder erobert zu haben glaubt.

Die Reichswehr? Er wird nicht umsonst mit den Herren gefrühstückt haben. Die preußische Polizei? Die Frage ist in den jüngsten Tagen ziemlich eindeutig beantwortet worden. Der Reichspräsident, das Reichsgericht, der Reichsinnenminister? Welche Garantien

Herr Hitler da hat, das kann man nur erschließen, aber es gibt da Tatsachen, die weitgehende Schlussfolgerungen zulassen. Bleibt Herr Brüning, der starke „Staatsmann“? Nun, auf ihn setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnung — wir tun es nicht. Er scheint eingekreist wie ein Fuchs in der Falle. Moral: Wer andern eine Grube gräbt...

Es bleibt nur noch das deutsche Proletariat. Was ihm blühen soll — das sadistische Tollhausrezept von Boxheim sagt es, wenn man es nicht schon vorher gewußt hätte. Die SA-Landsknechte wollen ihre „Nacht der langen Messer“ wie der deutsche „Duce“, wird ihnen den Weg zum Köpferrollen, zur Vergewaltigung und Massakrierung freigeben, freigeben müssen, wenn er die Scharen nicht gegen sich haben will. Brot und blutige Spiele — das läßt die Enttäuschung über die gewechselte außenpolitische Torheit vergessen. Nach außen verhöhltes Pfötchen — nach innen die Raubtieratze, das ist Hitlers neueste Methode.

Dazu hat es die sinnlose „Tolerierungspolitik“ der SPD-Führung kommen lassen. Sie trägt viel, sie trägt die meiste Schuld an dieser Entwicklung. Sie war gewarnt, sie hat nicht gehört. Das Spiel ist verloren, die Zeche sollen die Massen zahlen.

Die aber müssen sich wehren, müssen sich zusammenschließen. Aber unter anderer Führung

als dieser, die so schmachlich bankrott gemacht hat. Noch ist Hitlers Spiel nicht gewonnen. Jedoch, das letzte Gefecht steht vor der Tür. Immer noch ist die ökonomische Waffe in der Hand des einigen Proletariats scharf und schneidend. Und: für seine Freiheit kann das Proletariat leichter sterben als für das Wohl des Kapitals, das es zum langsamen Hungertod schon längst verurteilt hat. In der Rechnung Hitlers ist ein Loch. An dem granitnen Block der Klassenbewußten, kampftschlossenen, geeinten Arbeiterschaft müssen die braunen Mordhänden zerschellen. Die sozialdemokratischen Führer in Berlin, die sich nicht vollende, daß sie zur Farce werde, wie dies Spiel es verdient, — dazu muß die Stürze genutzt werden.

Botschafter Neurath der Vermittler!

Wie die „Zeit-Notizen“ mitteilen, ist die „Gesandtentournee“ arrangiert worden von Herrn von Neurath, dem deutschen Botschafter in London, der vorher Botschafter in Rom war und da schon ostentativ der deutschen Republik den rückwärtigen Körperteil gezeigt hat. Dieser Herr soll auch schon Vorbereitungen für die Romreise des Manns von Braunau getroffen haben, der sich als der zukünftige Chef des Deutschen Reichs gleichzeitig bei Mussolini und dem Papst vorstellen will!

Offener Brief an Breitscheid

Wird er die Unwahrheit zurücknehmen?

Werter Genosse Breitscheid!

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über die letzte Berliner Funktionär-Konferenz haben Sie in dieser Versammlung erklärt:

„Im Anfang der Tolerierungspolitik seien auch diejenigen dafür gewesen, die jetzt deswegen die Partei verlassen haben.“

Genosse Breitscheid! Diese Ihre Erklärung ist nicht wahr!

Ich erinnere Sie daran, daß sowohl in der ersten Fraktionssitzung nach den letzten Reichstagswahlen, die am 3. Oktober 1930 stattfand, wie auch in den beiden entscheidenden Fraktionssitzungen vom 16. und 17. 10. 1930 die Genossen Seydewitz, Siemsen, Portune und ich auf das entschiedenste gegen die damals neu vorgeschlagene Tolerierungspolitik Stellung genommen haben.

Haben Sie vergessen, Genosse Breitscheid, daß wir schon in jenen Sitzungen Fraktion und Partei gewarnt und die für die Arbeiterschaft so verhängnisvollen Folgen vorausgesagt haben, die inzwischen eingetreten sind?

Wenn Sie das alles nicht mehr in Erinnerung haben, so lassen Sie sich die Protokolle jener Fraktionssitzungen vorlegen. Sie werden in ihnen finden, daß wir nicht nur mit Worten gegen Müller und Sie, gegen Otto Braun und Severing aufgetreten sind, daß wir auch die entsprechenden Anträge gestellt haben, die das Ziel verfolgten, die Fraktion zu veranlassen, den Kampf gegen die Regierung Brüning aufzunehmen und damit der Parole „Weg mit Brüning“ treu zu

bleiben, die doch die Parole des eben abgeschlossenen Wahlkampfes war.

Sie, Genosse Breitscheid, wissen ganz genau, daß wir lediglich am 18. Oktober 1930 im Plenum des Reichstags mit der Fraktionsmehrheit gestimmt haben, ohne damit auch nur für einen Augenblick den Kampf innerhalb der Partei gegen das Kabinett Brüning und seine Notverordnungen aufzugeben.

Sie, Genosse Breitscheid, waren es, der in der Fraktionssitzung vom 17. Oktober 1930 den „moralischen Appell“ an uns richtete, bei der Abstimmung uns nicht von der Mehrheit der Fraktion zu trennen. Sie erkannten damals ausdrücklich den „guten Willen“ und die „ehrliche Absicht“ derjenigen an, die nicht auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit standen. Sie waren also keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß

eine Minderheit in der Fraktion vorhanden war, die von Anfang an die Tolerierungspolitik bekämpft hat.

Auf Grund dieses Sachverhalts fordere ich Sie hiermit öffentlich auf, die unrichtige Beschuldigung, die Sie öffentlich gegen uns erhoben haben, öffentlich zurückzunehmen.

Mit sozialistischen Grüßen
Kurt Rosenfeld.

Grund zu neuen „Polizeiaktionen“. Nach einer russischen Meldung aus Peking wurde in die Wohnung des japanischen Marineattachés eine Bombe geworfen, durch die die Wohnungseinrichtung zerstört wurde.

Die Spielregeln des Parlamentarismus

Zur „überlegenen“ SPD-Taktik

Die Gegensätze der Klassen sind Gegensätze der Existenz. Der Sieg einer Klasse über die andere bedeutet für die unterlegene: Ausbeutung, Not, Hunger, lebenslängliche Fron und deren Erblichkeit durch Generationen. Daher werden diese Kämpfe nicht im geistigen Ringen, sondern auf den Barrikaden ausgefochten. Der Klassenkampf ist ein Kampf um die Revolution oder die soziale Umwälzung.

Das parlamentarische Ketzertum der Sozialdemokratie, um ein Wort von Karl Marx zu gebrauchen, sieht im Klassenkampf nichts als ein Schachspiel: Ein Spiel mit festen Regeln! Man sagt dem König Schach an! Und dann werden die Figuren wieder durcheinander gewürfelt, und es ist alles wieder so, wie es gewesen ist. Sieg und Niederlage wechseln ab, und im Durchschnitt bleibt es beim Remis.

Die parlamentarischen Spielregeln verlangen, daß jeder seine Chance erhält. Wenn die Nationalsozialisten stark genug sind, um zur Mehrheitsbildung notwendig zu sein, so haben sie einen Anspruch auf ihre Einbeziehung in eine Regierungskoalition. Und wenn sie allein die Mehrheit haben, so haben sie auch das Recht, allein zu regieren. So wollen es die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist nämlich gedacht unter der Grundvoraussetzung, daß alle Parteien trotz verschiedenster Gruppeninteressen ein gemeinsames Interesse haben, unter der Voraussetzung also, daß alle Parteien sich den Spielregeln fügen, daß sie also

nicht einen Krieg führen, sondern Krieg spielen.

Solange die Majorität der Bourgeoisie stark genug war, um auf die Mitwirkung der proletarischen Opposition zu verzichten, konnte dieses parlamentarische Spiel gespielt werden, als ob es keine Klassengegensätze gäbe. Seitdem die Kleinbourgeoisie unter dem Druck der Krise in die Rechtsopposition gegangen ist, ist die eigentliche Bourgeoisie zu schwach, um das Spiel durchzuführen; sie braucht

die Sozialdemokratie als Spielpartner.

Aber die Sozialdemokratie hat sich bei diesem Spiel sehr schnell abgenutzt; sie hat keinen Wert mehr für die bürgerlichen Parteien. Daher läßt der Reichskanzler seinen sozialdemokratischen Besuchern sagen, er sei nicht zu Hause oder läßt sich schließlich durch ihr Jammern in seinem Vorzimmer zu einer Audienz erweichen, aus der sie wie begossene Pudel davonziehen müssen. Zentrumsleute haben immer eine Abneigung, Unter den Linden von gewisser Seite gegrüßt zu werden. Das macht ihr geistlicher Beruf!

In Deutschland glauben nur noch die Sozialdemokraten an die parlamentarischen Spielregeln des Liberalismus. Da sie die Konsequenzen des Klassenkampfes fürchten oder sie gar wie die Sünde hassen, haben sie das Spielfeld gewechselt, sind liberal geworden und pochen auf die Spielregeln. Und sie sind baß erstaunt, daß die Spielpartner dabei nicht mitmachen wollen.

Im Schatten des kapitalistischen Zusammenbruchs

Auch Generaldirektor Stimming hat Selbstmord verübt

„Überlegene Taktik sichert den Sieg“, sagt der „Vorwärts“. „Gelingt es, den Damm zu halten, bis die Sturmflut abzuebben beginnt, ist alles gewonnen.“ Die Sozialdemokratie wartet immer noch wie Ibsens Nora auf das „große Wunder“: Die Krise wird überwunden werden, die Arbeitslosigkeit sinken, die Wähler vernünftig werden und zur SPD zurückkehren. Und dann beginnt das Karussell der Politik sich wieder zu drehen, und alles ist, wie es gewesen ist.

Freilich, da sind noch die Nazis. Bleiben sie in der „unverantwortlichen Opposition“, so werden sie nicht abwirtschaften. Und haben sie nicht nach den „Spielregeln“ überhaupt einen Anspruch, „Verantwortung“ zu tragen?

„Bestünde die Sicherheit, daß die Nationalsozialisten die Spielregeln der Demokratie, nach denen sie zur Macht kommen wollen, auch beachten werden, wenn sie an der Macht sind, dann wären wir alle bereit, sie lieber heute als morgen an die Regierungsmacht heranzulassen.“

Jawohl, sagen die letzten Liberalen, sie sollen regieren, aber nur, wenn sie ebenso liberal sind wie wir. Was die Bourgeoisie mit der SPD gemacht hat, nämlich sie mit der Regierungsbeteiligung zu kodern, das möchten diese schwächlichen Nachfahren des Liberalismus gern wiederholen. Aber ach! Sie verstehen kein Hoftheater zu inszenieren, sie machen nur elende Vorstadttheater. Diese „Sozialisten“, die nicht den Mut haben, revolutionär zu sein, sie haben nicht einmal den Mut, liberal zu sein. Wird denn, so fragen sie sich bang, Hitler wirklich die Spielregeln einhalten? Und sie büden die Verantwortung dafür den Parteien der „Mitte“ auf. Die sollen nun regierenden Faschismus zähmen, wie sie die roten Löwen Crispian und Weis, Breitscheid und Hilferding gezähmt haben.

Die Sozialdemokratie kapituliert also endgültig. Im Namen der Demokratie ist sie bereit, den „legalen“ Sieg des Faschismus anzuerkennen. Sie hat die Periode ihrer MacDonaldis und Boncourts bereits hinter sich. Sie ist auf dem Wege, das Beispiel der D'Arragona und Konsorten zu wiederholen.

Heute schreit sie noch: Wählt das kleinere Übel der Brüning-Diktatur gegenüber dem Faschismus. Und morgen wird sie den „legalen“, parlamentarisch zur Macht gekommenen Hitler als das kleinere Übel gegenüber dem „untolerierten“ Hitler verkünden. Und sie wird dabei noch nicht einmal ihre Argumente zu wechseln brauchen.

Wem der Sozialismus nicht die Welt ist, in der er allein zu atmen vermag, wird nicht sein Leben im Kampf ohne „Spielregeln“ einsetzen. Wer aber sein Leben nicht einsetzt, wird auch nicht den Sozialismus erringen.

Die Taktik der SPD ist die Taktik des Sieges? Nein und abermals nein! Sie ist die Taktik der Kapitulation!

Ändert die Taktik!

Resolution der Breslauer Buchdrucker

In einer am 2. Dezember abgehaltenen überfüllten Versammlung des Orvereins Breslau im Verband der Deutschen Buchdrucker wurde zu dem neuen Lohnraub in scharfer Form Stellung genommen und die folgende Entschließung fast einstimmig angenommen:

„Die heutige überfüllte Versammlung der Breslauer freigewerkschaftlichen Buchdrucker protestiert auf das entschiedenste gegen die unentschlossene, passive Stellungnahme des Zentralvorstandes bei der jetzigen Lohnabbauaktion.“

„Sie fordert vom örtlichen Vorstand, daß dieser sofort mit den Mitgliedschaften der größeren Orte Fühlung nimmt, ob diese bereit sind, den Kampf auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch, zusammen mit der Breslauer Kollegenschaft selbst gegen den Willen des Zentralvorstandes aufzunehmen.“

Sturm in Thüringen

Weimar, 4. Dezember.

In der Sitzung des Thüringer Landtages entstand eine teilweise sehr lebhaft ausgeprägte Diskussion über die Auflösungsanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Sitzung flog einmal auf. Ordnungsrufe und Ausschließungen von der Sitzung waren das Ergebnis. In der Abstimmung stimmten nur zehn Abgeordnete der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten für die Auflösung des Landtages, während die zum Erfolg erforderliche Zahl 27 beträgt. Der Landtag wurde bis Februar vertagt.

Der Fünfjahrplan marschiert

im russischen Traktorenbau

Moskau, 5. Dezember.

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, haben die Stalingrader Traktorenwerke im November eine größere Anzahl Traktoren hergestellt als vorgesehen. Es wurden 2449 Traktoren gebaut anstatt planmäßig 2442. Die Werke erzeugen gegenwärtig 110 Traktoren täglich.

Wieder Ruhe in San Salvador

Der Aufstand in San Salvador ist britischen Meldungen zufolge beendet. Der bisherige Vizepräsident Martinez hat an der Spitze eines Militärdirektoriums die provisorische Präsidentschaft übernommen.

Berlin, 5. Dezember.

Die Selbstmorde von Bankiers und großen Wirtschaftsführern häufen sich neuerdings in einem Maße, das geradezu von einer Selbstmord-Epidemie unter den Trägern des Kapitalismus sprechen läßt — ein deutliches Zeichen für die völlige Kopflosigkeit des Bürgertums selbst gegenüber dem krisenhaften Zustand der kapitalistischen Wirtschaft.

Immer um etwa zwei Wochen nach diesen meist mit „Herzschlag“ erklärten Todesfällen erfährt die Öffentlichkeit, daß die wahre Todesursache — Selbstmord war.

So ging vor drei Tagen die Nachricht durch die Blätter, daß der Mitinhaber der Danatbank, Herr Beheim-Schwarzbach, durch Selbstmord geendet habe; und so weis heute die „Berliner Volkszeitung“ mitzuteilen, daß der am 6. November verstorbene Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Stimming, gleichfalls seinem Leben mit eigener Hand ein Ende setzte. Stimmings Tod war zuerst mit den Folgen eines Unfalls begründet worden. Jetzt wird der Selbstmord zugegeben. Als Motiv zu diesem Schritt wird angesehen, daß die Vermögensverhältnisse des Reeders derart zerrüttet gewesen seien, daß jetzt Stimmings Hinterbliebene auf den Erbantritt verzichtet hätten.

Stimming soll bei der Danatbank in hohem Maße persönlich verschuldet gewesen sein. Die jetzt bei dieser Bank geführte Revision hätte ihn vor die Pflicht gestellt, die Millionenverluste zu decken, die ihm aus mißglückten Spekulationsgeschäften entstanden waren.

Dazu war er nicht in der Lage, und in der Verzweiflung über den vollendeten wirtschaftlichen Zusammenbruch nahm er sich das Leben.

Die Hoffnungslosigkeit, mit der die große Bourgeoisie selbst heute ihrer eigenen Zukunft gegenübersteht, ist neben vielem anderen ein Zeichen für revolutionäre Reife der Entwicklung. Nur vor dem Glauben muß die Arbeiterklasse sich hüten, als würde die Bourgeoisie als Klasse so widerstandslos abtreten wie einzelne ihrer Spitzen von Wirtschaftsführung und Leben. Die Arbeiterklasse muß diese Zeichen des moralischen Zusammenbruchs der Bourgeoisie, dem dem wirtschaftlichen folgt, aufmerksam beobachten. Aber sie muß wissen, daß dieser moralische Zusammenbruch die ganze Gesellschaft in den Abgrund der Barbarei mit hinabziehen kann, wenn das Proletariat nicht die Kraft zum revolutionären Kampf gegen das zusammenbrechende kapitalistische System findet.

Zo'kampfstimmung

Spannung zwischen England und Frankreich
London, 4. Dezember.

Das Unterhaus stimmte mit 234 gegen 17 Stimmen den bisher erlassenen beiden Verfügungen des Handelsministeriums zu, die gewisse Waren auf Grund des Antidumping-Gesetzes mit 50 v. H. Zoll belegen.

Der Handelsminister Runciman führte aus, daß England die jüngsten französischen Maßnahmen gegen englische Waren, durch die

England sehr stark betroffen werde, nicht einfach übersehen könne. Er hoffe, daß England und Frankreich ihre unterschiedlichen Auffassungen in freundschaftlicher Weise regeln würden. Jedenfalls aber nehme die englische Regierung die französischen Sondermaßnahmen gegen England sehr ernst. Sollte sich dieses System ausbreiten, so würden die englischen Interessen davon derart betroffen, daß England demgegenüber nicht gleichgültig bleiben könne.

Wie das französische „Journal“ am Sonnabend früh erklärt, haben die Ausführungen Runcimans im Unterhaus in französischen politischen Kreisen große Erregung hervorgerufen.

Womit Paris sich amüsiert

CNB. Paris, 5. Dezember.

In Frankreich wählen zur Zeit die Jahrmärktefahrer, Studenten, Flieger, die Korsen, die Bretonen, die Elsässer, die Kommunen, die einzelnen Provinzen und Städte ihre Schönheitsköniginnen. Gestern trat in einer Wohltätigkeitsveranstaltung die Pariser Jury zusammen, um „Fräulein Paris“ zu küren. Die Wahl fiel auf eine 19jährige Blondine. Diese Entscheidung mißfiel dem Publikum, und es wurde beinahe eine Szene daraus wie neulich im Trocadero bei der Friedenskundgebung. Das Publikum gab einer brünetten Wäscheverkäuferin den Vorzug und verlangte die Kassierung der ersten Wahl und eine neue Abstimmung. Diesem Wunsche wurde nicht stattgegeben.

Preußischer Fleischzoll?

Phantastische „Spar“-Ideen Kleppers — Halbierung der Siedlungszuschüsse

Berlin, 5. Dezember.

Der neue preußische Finanzminister Otto Klepper bereitet gegenwärtig die Vorlage des preußischen Staatshaushalts für das bevorstehende Rechnungsjahr vor. Das Defizit im preußischen Haushalt, das von amtlicher Seite mit etwa 500 Millionen Mark beziffert wird, soll durch einschneidende Sparmaßnahmen gedeckt werden. Gepart soll vor allen Dingen auf kulturellem Gebiet werden. Die Auflösung der Hälfte der preußischen Akademien und die Sperrung der übrigen blieben der Abbau von Lehrkräften und ähnliche, bereits in der Presse besprochene Maßnahmen, zeigen aufs deutlichste den reaktionären Kurs der Preußenregierung, der im wesentlichen von den Wünschen des Zentrums bestimmt wird. Unter den Deckungsvorschlägen Kleppers befinden sich aber auch einige, von denen bisher noch nicht gesprochen worden ist.

Der Finanzminister beabsichtigt zum Beispiel, die Zuschüsse Preußens zu dem Reichs-siedlungswerk, für die bis jetzt im Haushalt eine Position von 20 Millionen Reichsmark eingenommen war, um die Hälfte dieser Summe zu kürzen.

Ferner hat Klepper die Einführung einer Schlachtsteuer vorgesehen. Auf jedes geschlachtete Stück Vieh soll eine Steuer erhoben werden, über deren Höhe allerdings bis jetzt noch nichts bekannt ist.

Da im Fall der Einführung dieser Schlachtsteuer die an Preußen grenzenden Produktionsgebiete, etwa Anhalt, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Mecklenburg, Sachsen, in erheblicher Weise bessere Konkurrenzbedingungen kämen, soll nach Kleppers Vorlage

gleichzeitig eine Ausgleichsteuer auf nach Preußen eingeführtes Fleisch geschaffen werden. Der Name „Ausgleichsteuer“ kann natürlich nicht darüber täuschen, daß es sich hier in Wahrheit um die Einführung eines innerdeutschen Fleischzolles handelt. Nach Artikel 167 der Reichsverfassung, die noch in Geltung sein soll, ist aber das Reich ein einheitliches Zollgebiet. Herr Klepper will sich also ganz einfach über diese zwingende Bestimmung der Reichsverfassung hinwegsetzen.

Bleibt die Frage, wie sich die Interessenten und wie sich die schwarz-rot-goldenen Parteien des Preußenhauses zu der geplanten Verfassungsverletzung stellen werden.

Im übrigen ist es bezeichnend für die Verfallsperiode des Kapitalismus, daß er nicht nur durch immer höheres Aufbürden der Zollmauern rund um die Staaten die Weltwirtschaft immer gefährlicher zerrüttet, sondern daß nun schon Tendenzen entstehen, ein über 60 Jahre altes einheitliches Wirtschaftsgebiet zu zerreißen. Preußische Zölle — wenn auch formal nicht so genannt — gegen Mecklen-

burg, Anhalt, Sachsen, Bremen, Hamburg, Braunschweig — das ist ein bezeichnendes Bild des kapitalistischen Niedergangs. Ueberdies aber können so verzweifelte Maßnahmen letzten Endes den kapitalistischen Krisenprozeß nur beschleunigen, die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft nur noch katastrophaler gestalten.

Es ist wahrhaftig ein Weg zurück in die Barbarei — zurück in die ersten Anfänge der kapitalistischen Entwicklung. Hörsings Wirtschaftsprogramm: Zurück zum Krauter! paßt trefflich in diese Entwicklung. Er hat den Kern des kapitalistischen Auflösungsprozesses mit seherischer Kraft instinktiv erfaßt und das „Programm“, die „Theorie“, dazu geschaffen. Er hat nur nicht begriffen, daß auch das Proletariat eine Aufgabe in diesem Prozeß zu erfüllen hat: die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, der in der Entfaltung des Chaos allein noch die Macht der herrschenden Klasse sichert, allein noch das Ausbeutungsverhältnis aufrecht erhält. Diese Arbeit muß mit zielklarem Willen vom Proletariat geleistet werden — dann ist der Weg frei zu der neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung!

Wer wenig hat, dem wird genommen

Protest der Kriegsoffer gegen den Rentenraub

Berlin, 5. Dezember.

Nach unwidersprochenen Nachrichten, die zuerst in der gesamten Presse von der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ gebracht worden ist, soll die Anrechnung der Renten aus der Reichsversorgung auf die Invalidenrenten geplant sein. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat deshalb sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne durch unsere Mitteilung in Telegrammen an den Reichskanzler und an den Reichspräsidenten

gegen entschieden protestiert. Die Durchführung solcher Maßnahmen würde zwar Verschiebungen der Ausgabenpositionen im Reichshaushalt, nicht aber tatsächliche Einsparungen bringen, den

Grundsatz von Leistung und Gegenleistung in der Sozialversicherung beseitigen und ferner eine weitere, nicht zu verantwortende Herabdrückung der schon jetzt unzureichenden Lebenshaltung der Kriegsoffer bedeuten, sowie die öffentliche Wohlfahrtspflege belasten.

Königsspiele

In Polen

In Polen gehen seit einiger Zeit schon Gerüchte, gestützt auf Äußerungen des Pilsudski-Obersten Siawek, daß die Absicht bestanden hat, die Monarchie einzurichten. Nach der monarchistischen französischen „Action française“ war eine Heirat zwischen dem Prinzen Nikolaus von Rumänien und der ältesten Tochter Pilsudskis geplant, damit der Prinz dann später auf den polnischen Thron erhoben werden könnte. Die Agentur des polnischen Regierungslagers spricht zwar von einer Mystifikation, aber warum sollte man dem tollgewordenen Marschall diesen Plan nicht zutrauen?

In Wien

Wien, 4. Dezember.

Wie der „Abend“ aus verlässlichen Quellen berichtet, hat sich Max Habsburg, der

Bruder des letzten Kaisers Karl und der Oheim Otto Habsburgs, in der vorigen Woche in Wien aufgehalten. Mit ihm seien auch Monarchisten aus Polen und Ungarn eingetroffen, um die in Steenkerzeel bei der Exkaiserin Zita aufgenommenen Besprechungen zu Ende zu führen. Erst auf die Nachricht von dem mißlungenen Putsch in Ungarn, von dessen bevorstehendem Ausbruch die Exkaiserin und der in Wien weilende Habsburger Kenntnis gehabt haben sollen, hat Max Habsburg mit seiner Begleitung Wien wieder verlassen.

Gegen Goebbels hat die Preußische Regierung wegen eines Artikels im „Angriff“ erneut ein Redeverbot verhängt. — Die sicherste Methode, um Goebbels weiter populär zu machen und ihm eine volle Versammlung bei seinem ersten Wiederauftreten zu sichern. Mit solchen kleinlichen und unwirksamen Polizeischikanen bekämpft man den Faschismus nicht!

Das mordende System

Grottkau, 4. Dezember.
In der Gemeinde Woitz erschoss der 25 Jahre alte Fleischer Henschel seine Frau, sowie seine beiden Kinder und sich selbst. Der Grund der schrecklichen Tat dürfte in zerrütteten Familienverhältnissen und in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Unaufhörlich: Die weiße Schmach

Lynchjustiz an einem Neger.
Salisbury (Maryland), 5. Dezember.
Ein Neger, der gestern nachmittag einen Mann erschossen und sich selbst verwundet hatte, wurde in der Nacht aus seinem Bett im Krankenhaus gezerrt und im Hofe des Gerichtshauses von einer 2000köpfigen Menschenmenge an einem Baum aufgehängt.

Das hat uns gefehlt!

Berlin, 4. Dezember.
Der Studentenverband an der Universität Gießen hat einen Antrag der großdeutschen Studentenschaft angenommen, der die Regierung von Hessen auffordert, an der Universität einen Lehrstuhl für die Lehre der Wehrfähigkeit zu errichten.

„Auf dem Felde der Ehre gefallen!“

Dt.-Krone, 4. Dezember.
Vom Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsgräber in Spandau erhielten kürzlich die Eltern des früher in Wilhelmshorst wohnenden Landwirts Ernst Müller die Nachricht, daß dieser im Mai 1917 in Frankreich gefallen sei.

Der Himmel läßt seiner nicht spotten

Todesnachricht nach 14 Jahren
Wien, 5. Dezember.
Der Oberste Gerichtshof hat die Nichtigkeitsbeschwerde der drei Schauspieler, die wegen der Aufführung des Stückes „Ehen werden im Himmel geschlossen“ zu je 14 Tage strengen Arrest verurteilt worden waren, verworfen.

Glockengebimmel per Radio

Sorgen der katholischen Kirche.
Rom, 4. Dezember.
Das neue elektrische Läutewerk der Glocken des Doms von St. Peter wird auf Wunsch des Heiligen Vaters am 8. d. M. um 12 Uhr mittags 10 Minuten lang auf der Welle 50,26 durch Radio verbreitet werden, wobei die Glocken in der üblichen Weise geläutet werden, zuletzt alle sechs gemeinsam.

Eigenartige Wetterverhältnisse in Sowjetrußland

CNB. Moskau, 4. Dezember.
In der Sowjetunion werden augenblicklich seltsame Wetterverhältnisse beobachtet. Aus Murmansk am Nördlichen Eismeer werden zwei Grad Wärme gemeldet. Dagegen herrscht in der wegen ihres sonst milden Klimas bekannten Krim eine Kälte von 20 Grad; die Straße von Kertsch friert bereits zu. Auch hier in Moskau herrscht zur Zeit sehr frostiges, trockenes Wetter.

Das studentische Proletariat

Weitere Beschränkung des Bildungsprivilegs — Die Tat der preußischen Regierungssozialisten — Furchtbare Not unter den Studenten

Ein sozialistischer Student schreibt der SAZ:
Die Erhöhung der Studiengeldgebühren innerhalb zweier Semester von 70 auf 85 und jetzt von 85 auf 100 Mark, sowie die Heraufsetzung der Einschreibgebühr von 15 auf 25 Mark hat unter den Studenten große Erregung hervorgerufen.

Denn diese Maßnahme bedeutet die Beschränkung des Bildungsprivilegs auf einen noch kleineren Kreis des begüterten Bürgertums,

als das bisher schon der Fall gewesen ist. Diese Maßnahme bedeutet aber weiterhin für Hunderte, wenn nicht Tausende von Studenten Hunger, und sie zeigt mit entsetzlicher Deutlichkeit den Widerspruch unserer politischen und wirtschaftlichen Lage.

Denn eine unter Führung von „Sozialisten“ stehende Regierung beschließt diese Maßnahmen; das heißt: Sozialisten, die in ihrer Jugend einmal Schilder durch die Straßen trugen, auf denen stand: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, sie vermauern diese Bahn. Sie vermauern diese Bahn aber nicht nur den Arbeiterkindern, denn denen war sie auch mit 70 Mark Studiengeld und weniger bereits vermauert, nein, sie, die doch aus dem Proletariat kamen (lang ist es her!), sind heute objektiv reaktionär geworden als die Masse der Studenten, die doch aus dem Kleinbürgertum stammt.

Die Kurven der Entwicklung haben sich überschritten: die früheren Arbeiter sind zu Bürgern geworden, und die früheren Bürger werden zu Arbeitern. Aber beide wissen es selbst noch nicht und glauben, obwohl sie tatsächlich Bürger geworden sind, noch Vertreter

der Arbeiter zu sein; oder, obwohl sie wirtschaftlich längst Proletarier sind, noch Bürger zu sein. Die zu Bürgern gewordenen Arbeiter werden wir nie mehr zu Arbeitern machen können, aber die Studenten, die Bürgersöhne von gestern, die Unentschlossenen, die Nachläufer der Nazis von heute, das intellektuelle Proletariat von morgen — sie werden wir gewinnen, wenn wir ihnen sagen: Wir werden mit allen Mitteln das Bildungsprivileg der Besitzenden brechen und dem Tüchtigen freie Bahn schaffen!

Es gibt eine sehr große Anzahl von Studenten, die persönlich absolut anständige Menschen sind, die auch ernsthaft darüber nachdenken, wie sich ihre und der Allgemeinheit Zukunft gestalten wird; es gilt viele, die den Nationalsozialisten nachlaufen, aus Unkenntnis der politischen Zusammenhänge, aber aus dem aufsteigenden Bewußtsein ihrer veränderten wirtschaftlichen Lage heraus. Denn die Not unter den Studenten schafft dieses Bewußtsein rascher als alle Theorie.

Und die Not ist sehr groß. Vielleicht zehn Prozent der Studenten haben einen monatlichen Wechsel, der ihnen ein sorgloses Leben gestattet; die große Masse schlägt sich gerade so durch, und viele Hunderte, gerade in Berlin, hungern sich durch.

Viele verkaufen tagsüber als Straßenhändler Zeitungen, und studieren abends; andere versuchen es mit Vertretungen für alles mögliche Zeug, kurz, es gibt fast keinen, der nicht darauf angewiesen ist, sich irgendwas nebenher zu verdienen.

Trotz dieser Situation gibt es bei Behörden und Professoren oft kein Verständnis für die

soziale Lage des Studenten. Anstatt zu begreifen, daß es dem Werkstudenten trotz größter Anstrengung oft nicht gelingen kann, die Seminar- und Übungs-Ergebnisse in allen Punkten zu erreichen, werden die Anforderungen auf Druck von oben her immer höher geschraubt — um zu „sieben“. Dieses „Sieben“, das heute aus den Leistungsprüfungen vieler Fakultäten geworden ist, wirkt sich am Ende eines 4—5jährigen Studiums als eine soziale Ungerechtigkeit aus, wenn es sich um Werkstudenten handelt. Wenn das „Sieben“ nötig ist, muß es am Anfang des Studiums vorgenommen werden. Damit sollen nicht die „Ignoranten“ verteidigt werden, aber es ist doch schon so, daß man sich vorher erzählt, — wieviel Prozent bestehen dürfen und wieviel durchfallen müssen.

Die Schwierigkeit der Prüfung und die sinnlose Schufferei, die bei dem herrschenden Prüfungssystem, das ja niemals einen Anspruch auf objektive Leistungsprüfung haben kann, notwendig ist, haben Prüfungen schon immer zu einer Qual gemacht. Früher hat man diesen steilen Berg bestiegen, weil man hoffte, nachher im Paradies des akademischen Berufs mit gesellschaftlicher Anerkennung und leichtem Geldverdienen sowie im Eldorado trauten Familienglücks zu landen. Heute hungert sich eine große Zahl von Studenten mit 50 Mark im Monat noch länger durch, denn jeder weiß, daß er nach dem Erklattern der Prüfungswand in die Wüste der Arbeitslosigkeit kommen wird. Früher hat man auf die Frage: „Haben Sie schon eine Stellung in Aussicht?“ ein vielsagendes Lächeln als Antwort bekommen, Beziehungen usw. — heute ist die Antwort: „Reden Sie doch keinen Quatsch.“

Früher waren die Studenten in ihrer Mehrheit Anwärter auf die Machtpositionen des Bürgertums; heute ist die Anzahl wirklicher Machtpositionen kleiner, die Anzahl der Anwärter darauf größer geworden — und die Mehrzahl der Studenten ist Anwärter auf das Elend des Proletariatschicksals.

Diese Erkenntnis durchzusetzen und zu beschleunigen, wird die wichtigste Aufgabe sozialistischer Arbeit an den Universitäten und Hochschulen sein, bis über den Portalen steht: „Wissen ist Macht; Alles Wissen im Dienste des Proletariats!“

Wunderkuren billiger!



Ungeheuren Zulauf findet gegenwärtig in dem kleinen märkischen Dorfe Predöhl der Heilkundige Buss, der wahre Wunderkuren vollbringen soll. Die ganze Kur des Wunderdoktors besteht in Handauflegen. Merkwürdig, die Wundertäter werden immer anspruchsloser, jetzt nehmen sie nicht einmal weißen Käse mehr.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Greifenverlag Radolstadt

18. Fortsetzung

24.

An einem Nachmittag trafen sich Hedwig Wehner und Herr Grüner, Augustens Vormund, auf der Kanzlei des Dr. Geyer. Beide zeigten eine Karte vor, auf der eine Vorladung zum Amtsgericht stand. „Betrifft Auguste Wehner wegen Fürsorgeerziehung“ war oben in der Ecke zu lesen.

Dr. Geyer schüttelte bedenklich den Kopf. „Jetzt fängt also der Hammer schon wieder an. Bei der Kriminalpolizei traut er sich nicht mehr, weil der Amtmann seine Machenschaften durchschaut hat. Da hat er nun sein Glück beim Jugendamt versucht und dieses dazu gebracht, daß es einen Antrag beim Vormundschaftsgericht gestellt hat. Daher kommen die Vorladungen. Die Sache ist gefährlich. Bei derartigen Dingen gibt es nämlich bei Gericht kein geordnetes Verfahren wie etwa in einem Strafprozeß oder in einem Zivilprozeß. Alles spielt sich unter vier Augen ab. Jede Kontrolle durch die Öffentlichkeit fehlt. Auch haben die Beteiligten keinen Einfluß auf den Gang des Verfahrens. Der Laune und der Willkür des Vormundschaftsrichters ist der denkbar größte Spielraum gelassen. Das Vormundschaftsgericht weiß natürlich von nichts. Das weiß nicht, was für Streiche der Hammer schon geliefert hat, es hält ihn vermutlich, weil er Kriminalbeamter ist, für besonders zuverlässig und glaubwürdig, infolge-

dessen ist nicht abzusehen, was passieren kann. Ich halte es für das richtigste, beim Vormundschaftsgericht einen Schriftsatz abzugeben, in welchem alle bisherigen Vorkommnisse geschildert werden.“

Der Vormund war einverstanden, und Dr. Geyer schilderte in einem Schriftsatz alle Börsartigkeiten, Quälereien und Schikanen, die der Hedi Wehner von Hammer und Frau Bader schon angetan worden waren. Er fuhr dann fort:

Schließlich bemerke ich noch, daß mir persönlich die Verhältnisse der Familie Wehner genauestens bekannt sind. Ich selbst bin mit Fräulein Hedi Wehner seit fünf Jahren auf das innigste befreundet. Ich kenne Auguste Wehner persönlich. Ich war ihr bei Erlangung ihrer Stelle bei Tietz behilflich, ich weiß aus eigener Wahrnehmung, wie sehr sich Fräulein Auguste Wehner gleich nach der Beendigung ihrer Lehrzeit um eine Stelle bemüht hat, ich weiß, mit welchem Eifer sie ihren Dienst bei Tietz ausführt. Ihre Lebensführung ist nach meiner eigenen Wahrnehmung — die ich als Zeuge bestätigen kann — so tadellos und einwandfrei, daß nicht das geringste daran auszusetzen ist. Andererseits sind mir vielfache kleinliche Quälereien und Bosheiten bekannt, die von den Nachbarn Hammer und Bader gegen die beiden Fräulein Wehner verübt worden sind.“

Der Vormund wurde vernommen. Er war

ein wackerer Mann. Er kämpfte tapfer für die Interessen seines Mündels.

„Das ist ja entsetzlich“, sagte er, „so ein Mädchen aus seinem Beruf herauszureißen und in eine Anstalt zu stecken. Gestern war ich bei Tietz und habe mich nach ihr erkundigt. ‚Die,‘ hat der Geschäftsführer gesagt, ‚wenn die einmal noch ein paar Jahre älter ist, ist sie eine erste Kraft. Schon jetzt stelle ich sie immer dahin, wo mir die anderen zu ungeschickt sind.‘ Und da soll so ein Mädchen herausgerissen werden. Nur damit die Nachbarn ihre Freude daran haben. So etwas kann es auf der Welt nicht geben. Sie hat doch gar nichts getan. Ich verstehe nicht, wie man auf eine solche Idee kommen kann.“

„In einer Anstalt ist das nicht so, wie Sie vielleicht denken“, antwortet der Amtsrichter Dr. Schubert; „da haben's die Mädchen schön, da hat jede ihr eigenes Bett und sogar weiß überzogen.“

„Das hat sie zu Hause auch, dazu braucht sie nicht in die Anstalt“, antwortete der Vormund.

„Das kann schon sein“, meinte der Amtsrichter, „aber zu Hause wirkt halt die Umgebung auf das Mädchen nachteilig ein.“

„Wie kommen Sie denn auf so einen Gedanken? Wer kann denn so etwas behaupten? Bei den Wehnern ist doch alles in Ordnung.“

„Die Nachbarn“, sagte der Amtsrichter, „die Nachbarn sagen's halt, und die müssen's doch wissen, die Umgebung, die Umgebung, die soll das Mädchen verwahrlosen. Und dafür sind wir da, daß wir so etwas verhindern.“ Der Vormund wagte noch einen Vorstoß für sein Mündel. Er sagte händeringend:

„Ja sind denn die Waisenkinder nur dazu da, daß die Nachbarn sie drangsaliieren

können, und daß man sie dann ohne jeden Grund in die Anstalt einsperrt und ihnen das ganze Leben zerstört.“

„Darüber brauchen Sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen, darüber entscheidet das Gesetz“, war des Richters Antwort.

„Aber schließlich bin doch ich der Vormund.“

„Ach was“, antwortete der Amtsrichter ungnädig, „über die Fürsorgeerziehung entscheidet nicht der Vormund, sondern das Gericht.“

Kopfschüttelnd verließ der Vormund das Vernehmungszimmer. Er konnte die Welt nicht mehr verstehen.

Vor der Tür saßen die beiden Schwestern wartend auf einer Bank.

„Die minderjährige Auguste Wehner“, rief der Schreiber.

Zögernd betrat Auguste das Amtszimmer. „Sie heißen?“ fragte der Amtsrichter in strengem Amtston.

„Auguste Wehner.“

„Geboren?“

„7. Dezember 1909.“

„Sie sind die Tochter des verstorbenen Kriminalwachtmeisters Friedrich Wehner.“ ergänzte der Amtsrichter die Personalien, „die Mutter ist auch gestorben, Sie leben jetzt bei Ihrer Schwester, und die Schwester hat ein Kind. Stimmt das?“

„Jawohl.“

„Es wird behauptet, daß Sie der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt sind, weil Sie sich in einer Umgebung befinden, die nachteilig auf Sie einwirkt. Was haben Sie dazu zu sagen?“

„Da kann ich gar nichts sagen.“

(Fortsetzung folgt)

Die Zersetzung der Weltwirtschaft

Neue Hindernisse des Welthandels

Die Reihen derer, die da meinen, daß auch am Ende dieser Krise der Kapitalismus wieder im Glanze seiner alten Formen erstrahlen werde, lichten sich. Es gibt nur noch wenige, die nicht ahnen, daß diese Weltkrise auch zu einer Weltwende werde. Sogar der Dedi-Bankdirektor Wassermann, der noch im Sommer dieses Jahres die zur Generalversammlung erschienenen mißmutigen Aktionäre seiner Bank mit dem nicht gerade sehr überzeugenden Argument tröstete, daß gerade die Krise das beste Gesundheitsattest für den Kapitalismus darstelle, weil nur ein gesunder Organismus von Krankheit befallen werden könne, dürfte heute weniger zuversichtlich gestimmt sein. Jener belustigende Ausspruch war nämlich noch vor der deutschen Beamtenkrise gefallen. Das große Banksterben hatte in Deutschland noch nicht eingesetzt und die Revolver lagen noch nicht geladen in den Direktionszimmern.

Auch im Lager der Gewerkschaften ist man stark ernüchtert. Während die wissenschaftlichen Leuchten der Forschungsstelle noch vor einem Jahr unter Aufgebot ihres ganzen Scharfsinns sich um den Nachweis bemühten, daß die herrschende Krise eine „typische Krise des kapitalistischen Systems mit historischen Besonderheiten, wie sie jede Krise aufzuweisen hat“ sei (Naphthalin), und Georg Decker diese Auffassungen später in einer Auseinandersetzung mit dem Krisenbuch der marxistischen Bücher-Gemeinde in der „Gesellschaft“ im wesentlichen — wenn auch geistreicher — wiederholte, wird heute allgemein zugegeben, daß diese Eiterbeule des Kapitalismus mit den üblichen Pflästerchen nicht mehr zu heilen sei.

Tarnow als Krisendoktor

Am sichtbarsten sind diese Wandlungen in der Bewertung der Krise bei Tarnow, dessen wissenschaftlicher Ballast allerdings auch leichter wiegt als derjenige der Doktoren von der Forschungsstelle. Noch vor wenigen Jahren ein glühender Lobredner des „amerikanischen Wirtschaftswunders“, weil er darin den Beweis dafür zu erblicken vermeinte, „daß wir es bei uns nicht mit Verhältnissen zu tun haben, die schlechterdings unabänderlich sind, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch am Ruder ist“, ließ er seine Rede auf dem Leipziger Parteitag bereits in den Schlachtruf ausklingen: „Hinweg mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung!“ Gleichwohl lautete Tarnows Befund des Patienten Kapitalismus auch damals noch auffallend zuversichtlich. Weit davon entfernt, zu behaupten, daß dieser nicht mehr die Kraft besitze, um sich von seinem Krankenlager zu erheben, entdeckte er bereits die Zeichen seiner nahenden endgültigen Gesundung: „Trotz dieser nie dagewesenen Häufung von Krisenursachen glaube ich, daß die Wirtschaft die Wege finden wird, die wieder zum Aufstieg führen, und ich befinde mich damit, soweit ich übersehen kann, in Übereinstimmung mit ziemlich allen Wirtschaftstheoretikern in unseren Reihen. Die starke Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerscheinungen auch schon die sichtbaren Anzeichen dafür, daß ein Umschwung sich vorbereitet, was natürlich noch nichts über die Zeitdauer sagt.“

Ein beiseitegeschobenes Problem

Nun ist — am allermeisten natürlich vom Standpunkt der Arbeiterklasse — die Frage nach der Zeitdauer durchaus nichts, was sich mit einem Nebensatz abtun läßt. Prof. Dr. Hermberg beispielsweise, zwar auch ein Sozialist, aber einen, auf den Tarnow nichts gibt, sieht in der Frage des Tempos sogar ein Hauptproblem, denn — so argumentiert Hermberg in seiner kleinen, aber wertvollen Schrift „Krisenablauf einst und jetzt“ (Carl Heymanns Verlag, Berlin): „in der mit gesellschaftlichen Explosivstoffen geladenen Gegenwart liegt das Problem der Weltkrise, mag sie nun Agrar- oder Industriekrise heißen, nicht in der absoluten Unmöglichkeit des Wirksamwerdens der alten Hilfsmittel, sondern darin, ob sie schnell genug wirken werden.“ Es wäre also schon geboten gewesen, dieser Frage näherzutreten, wenn man einem Kongreß eine gewissenhafte Analyse geben wollte.

Die unsichtbar gewordenen „sichtbaren Anzeichen“

Doch Tarnow hat nicht nur dies unterlassen, sondern auch die „sichtbaren Anzeichen“ eines sich angeblich vorbereitenden Umschwungs, auf die Tarnow seine Hoffnungen setzte, haben sich sehr bald schon als trügerisch erwiesen. Die „starke Senkung der Zinssätze ist rasch einer ungleich stärkeren Stagnierung gewichen — das Zinsniveau liegt heute allgemein über dem Niveau zur Zeit des Krisenbeginns —, und was die Senkung der Rohstoffpreise angeht, so ist Tarnow inzwischen durch Prof. Emil Lederer auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt belehrt worden, daß etwa diese Preisstürze nicht ein krisenbehebendes, sondern ein krisenverschärfendes Moment sind, wie ja überhaupt das Krisenproblem in den Händen Lederers fast unbemerkt von einem Problem des Preisabbaus zu einem Problem

des Preisabbaus wurde. Das war nun allerdings gerade das Gegenteil der primitiven Backofen-Theorie Tarnows, aber in solche Widersprüche muß man sich nun einmal zwangsläufig verwickeln, wenn man ein System der Widersprüche, wie es der Kapitalismus ist, kurieren will. Doch wie dem sei: die Diskussionsrede, mit der Tarnow in Frankfurt aufwartete, enthielt bereits nichts mehr von der Zuversicht, die er noch in Leipzig offenbarte, und inzwischen ist sein Pessimismus noch um wenige Grade gewachsen. Wir schließen dies wenigstens aus einem Beitrag, den Tarnow zu einer Krisendiskussion im „Berliner Tageblatt“ beigezeichnet hat. In diesem erklärte Tarnow in einem Tone, als seien seinem eigenen Munde niemals andere Auffassungen entsprungen: „Auf einen normalen Ablauf der Krise nach dem Muster früherer Krisen wagen heute auch die Verteidiger der freien Wirtschaft kaum noch zu hoffen“, woraus zumindest der erfreuliche Schluß zu ziehen wäre, daß außer Tarnow auch die Doktoren der Forschungsstelle und vor allem die Gewerkschaften ihren Irrtum erkannt haben.

Und die Schlußfolgerung?

Darf man dies aber als wahr unterstellen, dann erhebt sich auch sofort die Frage, welche neuen Schlüsse Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus der ihnen zwar reichlich spät aber immerhin überhaupt zuteil gewordenen neuen Erkenntnis vom Wesen der Krise ziehen. Es ist klar, daß das Tolerieren, gleichgültig ob es sich um die parlamentarische Unterstützung Brünnings durch die SPD oder das kampflöse Hinnehmen aller Notverordnungen und Schlichtungsdiktate durch die Gewerkschaften handelt, mit diesen neuen Erkenntnissen unmöglich mehr vertragsam ist und daß man sich schon dazu bequemen muß, neue Wege einzuschlagen. Bis zur Stunde sind sich aber weder die Gewerkschaften noch die Sozialdemokratie solcher Notwendigkeiten bewußt geworden. Sie fahren auf dem alten Geleise unbekümmert weiter, als ob sie noch immer nicht wüßten, daß sich an diesem Ende ein fürchterlicher Abgrund auf tut.

Neue Forderungen

Unter diesen Umständen verdient es immerhin Anerkennung, daß Tarnow wenigstens im „Berliner Tageblatt“ die Frage „Was soll geschehen?“ aufwirft, und daß er auch eine Antwort darauf zu geben versucht. Sehr bestimmt lautet diese freilich nicht. Unter Hinweis auf die allenthalben erfolgten wirtschaftlichen Zusammenbrüche, die unvermeidlich noch weitere nach sich ziehen werden, erklärt Tarnow: „Darum sind auch heute schon die Regierungen — eine schwere Sünde wider den Geist der kapitalistischen Wirtschaftstheorie — gezwungenermaßen in die vordere Front der Wirtschaftsführung eingerückt. Man muß von ihnen fordern, daß sie schneller und aktiver arbeiten, daß sie sich dabei deutlicher bewußt werden, daß ihnen jetzt die Aufgabe zugefallen, das Wirtschaftssteuer in die Hand zu nehmen, und daß sie es nach gesellschaftlichem und nicht nach privatwirtschaftlichem Interesse handhaben müssen.“

Englands Zollmauer

Was bedeuten für Deutschland die neuen englischen Zölle?

Die Reihe der Zölle, die auf Grund des neuen Zollgesetzes in England eingeführt werden, ist noch nicht abgeschlossen. Zunächst wurden Zölle auf eine große Anzahl von industriellen Fertigwaren eingeführt. Der Wert der Fertigwareneinfuhr, die jetzt den neuen Zöllen unterliegt, betrug im Jahre 1930 560 Millionen Mark. Den größten Anteil an dieser Einfuhr hatte Deutschland, auf das etwa 150 Millionen dieser Einfuhr entfielen. Am stärksten wird von den neuen Zöllen, die wegen ihrer Höhe ein kaum überwindbares Hindernis der Einfuhr darstellen, getroffen die deutsche Einfuhr an Fertigprodukten aus Wolle, die im Jahre 1930 Mark betrug, und die Ausfuhr von Strümpfen, die 1930 einen Wert von 30 Millionen darstellten. Die Ausfuhr von Glas belief sich auf 17 Millionen Mark, die Papierausfuhr beinahe auf 20 Millionen, die Ausfuhr von Handschuhen betrug etwa 18 Millionen, die von drahtlosen Apparaten 9 Millionen, die Porzellanausfuhr 5½ Millionen, die von Messerwaren 4½ Millionen, von Werkzeugen 4¼ Millionen Mark. Frankreich ist durch diese Zölle vor allem für die Ausfuhr von wollenen Artikeln, Glas und Parfümartikeln getroffen, die Vereinigten Staaten in ihrer Ausfuhr von Schreibmaschinen, Werkzeugen und Parfümwaren. Die neuen Zölle betragen 50 Proz. vom Wert. Eine Anzahl von Waren, die bereits mit einem Zoll in Höhe von 33 Proz. belegt waren, ist jetzt einem Zoll von 83 Proz. unterworfen. Diese hohen Zölle machen die Einfuhr der zollgeschützten Waren nur dann möglich,

Unbegründete Sorgen

Was den ersten Teil der Tarnowschen Forderung angeht, so ist sie sicher deplaziert. Man kann gegen Brüning alle Vorwürfe erheben, nur nicht den, daß er nicht schnell und aktiv handle, sobald es irgendwo im kapitalistischen Gebäude knistert. Sein Verhalten bei der Bankenkrise macht ihn in dieser Beziehung über jeden Tadel erhaben. Derselbe Kanzler, der noch kurz zuvor dem Volke jene ungeheuerlichen Opfer der Juni-Notverordnung mit der Begründung auferlegte, daß sie zum Ausgleich des Staatshaushalts notwendig seien, dieser selbe Reichskanzler, der angeblich nicht darauf verzichten konnte, die ohnehin schreiend niedrigen Renten der Erwerbsbeschränkten weitestgehend zu senken, die Kinderzulagen der Leichtbeschädigten des Weltkrieges abzuschaffen und die Kriegerwitwen dem nackten Hunger auszuliefern — dieser selbe Kanzler hatte mit einem Male nicht Dutzende, nein Hunderte von Millionen flüssig, als es galt, die Löcher in den Taschen der Bankiers und der mit ihnen im Bunde stehenden Industriemagnaten zu stopfen. Nein, schneller und aktiver ist der kapitalistischen Privatwirtschaft noch nie geholfen worden, obwohl die ganze Geschichte der Nachkriegszeit in Deutschland eigentlich nichts anderes als eine Geschichte fortgesetzter und mit freigebigster Hand ausgetreter Staatsubventionen für die kapitalistische Privatwirtschaft ist. Wie schon so oft, macht sich Tarnow darum auch in diesem Falle ganz zu Unrecht Sorgen.

Ein verhängnisvoller Irrtum

Was aber den zweiten Teil der Tarnowschen Forderung angeht — daß das Wirtschaftsetzer nach gesellschaftlichem und nicht nach privatwirtschaftlichem Interesse gehandelt werden müsse — so bestätigt Tarnow nur wieder den an ihm so oft bemerkten völligen Mangel an Unterscheidungsvermögen. So wenig, wie es heute nämlich eine „Wirtschaft“ schlechthin, sondern eben nur eine kapitalistische Wirtschaft gibt, ebenso fallen auch „gesellschaftliches“ und „privatwirtschaftliches“ Interesse heute untrennbar zusammen. Ausdrücklich und mit betonter Absicht sprechen wir von der bestehenden Gesellschaftsordnung als einer kapitalistischen, und wer darum will, daß der Staat seine wachsende Einflußnahme auf die Wirtschaft nicht im Sinne einer Unterstützung privatwirtschaftlicher, sondern im Sinne des Allgemeininteresses, d. h. des Interesses der großen Mehrheit des Volkes, verwende, wird eben die Hand an die herrschende Gesellschaftsordnung legen und diese aus einer kapitalistischen in eine sozialistische umwandeln müssen.

Mit anderen Worten: bleibt das gesellschaftliche System unberührt, so würde die wachsende Einmischung des Staates in die Wirtschaftsführung — bis heute besteht diese Einmischung im wesentlichen nur in einer Sozialisierung der kapitalistischen Pleiten und in der Öffnung aller Machtquellen des Staates zur Erhaltung des Kapitalismus — lediglich die rein äußerlichen Formen des kapitalistischen Systems ändern. Dessen Charakter bliebe

wenn für die betreffenden Waren in England ein so dringender Bedarf vorhanden ist, daß sie ohne Rücksicht auf den Preis eingeführt werden. Es wäre daher ein törichtes Unterfangen, die Wirkungen dieser Zölle mit Lohnsenkungen aufzufangen, da bei Zöllen in diesem Umfange ein „Überspringen“ der Zölle bei noch so starker Senkung der Löhne nicht möglich ist.

Dunkle Worte der Gewerkschaften

Erklärung der Spitzengewerkschaften

TU Berlin, 4. Dezember.

Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der Beamtenbünde, traten am 3. Dezember erneut zusammen. Ueber das Ergebnis der Besprechung teilt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit: „Angesichts der mit jedem Tage zunehmenden Nöte der Volksmassen, insbesondere der Millionen Arbeitslosen, herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß die Arbeitsbeschaffung und die Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß nach wie vor das dringendste Gebot der Stunde ist. Ebenso müsse die Kaufkraft der Volksmassen geschützt und der soziale Schutz der Arbeitnehmerschaft aufrecht erhalten werden.“

Eingehend befaßte die Besprechung sich mit dem würdelosen Bruderkrieg, in dem weite Kreise des deutschen Volkes sich gegenwärtig zerfleischen (?). Ferner beschäftigten die Spitzenvertreter sich mit dem bevorstehenden Zusammentritt des Sonderausschusses zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Basel.

Man beschloß, sich mit einer gemeinsamen Verlautbarung an die Öffentlichkeit zu wenden (!!).

völlig unberührt, wie auch völlig unberührt blieben die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche mit der ständigen Entfaltung immer neuer und immer scharferer Krisen. Umgekehrt: statt ein Schritt auf dem Wege der Milderung der kapitalistischen Ausbeutungstendenzen zu sein, wäre dieses aus der Krise herauswachsende staatskapitalistische System deren Steigerung bis zu ihrer höchstmöglichen Form, indem die Privatmacht noch durch die ganze und uneingeschränkte Staatsmacht potenziert würde, wie überhaupt dieser Staatskapitalismus nur die zwangsläufige Krönung des Privatkapitalismus wäre.

Man braucht somit die von Tarnow angeschlagenen Saiten nur ausschlagen zu lassen, um von der ihnen entströmenden Musik sofort entsetzt zu werden. Es bleibt auch nicht einmal der Trost, daß die Töne gemildert werden können. Im Staatskapitalismus ist nämlich kein Raum mehr für ein Parlament, an dessen Wirksamkeit Tarnow wohl seine Hoffnungen knüpft. Als politisches Korrelat erfordert der Staatskapitalismus die Diktatur und die völlige Abstreifung der Demokratie. Der Faschismus ist darum auch nicht von ungefähr in die Welt gekommen. Er ist die Herrschaftsmethode, deren der Kapitalismus auf dieser Stufe seiner Entwicklung nicht mehr entraten kann. Eine Tatsache, an der man leider noch immer in der Arbeiterschaft vorbeisieht.

Melodien aus Wien

Nun ist Tarnow auch in Kreisen der Arbeiterschaft durchaus nicht der einzige, der auf den Staatskapitalismus als auf das erlösende Wort hinstarrt. Der Begriff spukt in der letzten Zeit überall herum und namentlich hat auch die österreichische Sozialdemokratie den Staatskapitalismus zu einer Forderung des Tages erhoben. Tarnows staatskapitalistische Gedankengänge sind also ebenso wenig originell, wie es sein Hymnus auf den Fordismus oder seine Backofentheorie war. Der erstere hatte in dem Hausschriftsteller, den Ford sich zu diesem Zwecke zulegte, schon vor Tarnow einen nicht mehr zu übertreffenden Sänger, und was die Backofentheorie betrifft, so zog diese ihre trüben Kreise schon lange vor dem Kriege und ist auch damals schon in der „Neuen Zeit“ gründlich erledigt worden. Als den theoretisch Geschuldeten war es freilich den Oesterreichern nicht möglich, sich auch mit Tarnowscher Bedingungslosigkeit zum Staatskapitalismus als einer notwendigen Vorstufe zum Staatssozialismus zu bekennen. Ausdrücklich bezeichneten sie den Staatskapitalismus als eine Not- und Zwischenlösung für Oesterreich bis zu dem Augenblick, in dem die Arbeiterklasse der großen Industriestaaten die sozialistische Fahne nach Siege tragen werde. Wir wollen hier ungeprüft lassen, inwieweit diese einschränkende Bedingung, unter der die österreichische Sozialdemokratie den Staatskapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt hat, etwa nur der Beschwichtigung des eigenen theoretischen Gewissens diene. Sicher kann man den Oesterreichern darin zustimmen, daß eine soziale Revolution historisch in den großen Industriestaaten beginnen muß, und sicher ist jedenfalls auch, daß das, was man — wenn auch, wie uns schenken will, mit spezifisch österreichischer Ueberschlaueit — für ein kleines Land anführen kann, unmöglich Geltung hat für die Arbeiterklasse in den industriell höchstentwickelten Ländern.

Staatskapitalismus und Staatskapitalismus ist nicht dasselbe

Noch weniger kann der Hinweis auf Rußland verlangen. Er stimmt nur insofern, als es außer Frage steht, daß die Bolschewisten dort tatsächlich ein staatskapitalistisches System errichtet haben. Beim Staatskapitalismus ist aber nicht das Entscheidende, daß er überhaupt durchgeführt wird, sondern wer ihn durchführt. Ist dieses Werk den Kapitalisten anvertraut, dann hat die Arbeiterklasse vom Staatskapitalismus nichts zu erhoffen, doch alles zu befürchten, denn hat der Privatkapitalismus die Arbeiterklasse bisher mit Ruten gezüchtigt, so wird ein von der Kapitalistenklasse gehandhabter Staatskapitalismus sie unweigerlich mit Skorpionen peinigen. Dieser Staatskapitalismus wäre nicht Fortschritt für die Arbeiterklasse, sondern deren völlige Unterwerfung und Knechtung.

Genug der Illusionen!

Was aber kann dies anderes besagen, als daß der — heute überall sichtbar werdende — Kurs auf den Staatskapitalismus es für die Arbeiterklasse zum Zwang erhebt, sich ohne Aufschub selbst in den Besitz der Staatsmacht zu setzen, schon um das geplante Attentat auf sich zu verhindern? Das ist nach Lage der Dinge die einzige Schlußfolgerung. Wer der Arbeiterklasse einredet, daß es einen Preis gäbe, um den sie sich von ihrer Pflicht zur Revolution — und dies ist der einzige Weg zur wirklichen Macht — loskaufen könne, der wiegt sich und andere in Illusionen. Und daran — so will uns scheinen — hat die Arbeiterklasse in den letzten Jahren aus der Feder Tarnows und anderer bis zum Ueberdruß genug geholt.

Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die prägesetzliche Verantwortung.

Aufgaben der Arbeiterklasse

Von Fritz Sternberg

In einem Aufsatz zur Außenpolitik hat die Genossin Anna Siemsen in der Diskussionsbeilage vom Sonntag, den 29. 11. u. a. zu den Fragen des Völkerbundes Stellung genommen. Die Quintessenz ihres Aufsatzes ist ungefähr folgende: Die Schaffung eines deutschen Reiches war ein Fortschritt gegenüber den vielen Kleinstaaten. Die Schaffung eines Paneuropas, die noch keine sozialistische Maßnahme wäre, ist ebenso ein Fortschritt gegenüber der heutigen Lage. Wörtlich schreibt sie: „Wir stehen heute vor genau der gleichen Situation in größerem Maßstabe. Europa kann heute so wenig existieren ohne wirtschaftliche Einigung und politische Zentralinstanz wie Deutschland vor hundert Jahren!“ Und vom Völkerbund wird gesagt, daß er eine demokratische Einrichtung sei und ein gewaltiger Schritt vorwärts. Diese Anschauungen der Genossin Siemsen sind geeignet, sehr bedenkliche Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft wachzurufen. Sie stellt es als Möglichkeit hin, daß im Rahmen des Kapitalismus ein Paneuropa entstehen könne, wie auf Basis zahlreicher Kleinstaaten das Deutsche Reich entstanden ist. Dieser Anschauung kann nicht scharf genug widersprochen werden. Wir stehen im Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems; aber dieser Niedergang vollzieht sich durchaus nicht gleichmäßig, vielmehr höchst ungleichmäßig. Die einzelnen kapitalistischen Staaten antworten auf die immer schärferen Widersprüche, die sich im Niedergang des kapitalistischen Systems ergeben, nicht mit irgendeiner Solidaritätsaktion, sondern sie antworten damit, daß sie sich immer stärker gegeneinander abriegeln und dadurch die Krisenwirkungen von sich auf den jeweiligen anderen abzuwälzen suchen. Es ist überaus symptomatisch, daß von sämtlichen kapitalistischen Regierungen in der Nachkriegszeit z. B. ständig erklärt wird, daß man die Zollmauern abbauen müsse, und daß ständig die Zölle erhöht wurden. Es ist weiter durchaus symptomatisch, daß immer und immer wieder die Vorbereitung der Vorbereitung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz verlangt wurde und immer wieder aufgerüstet wurde. Für den marxistischen Ökonomen ist das keine Überraschung. Da die imperialistische Expansionsmöglichkeiten immer geringer werden, da die Zahl der imperialistischen Hunde immer größer wird, und die Zahl der Knochen, die ihnen zur Verfügung stehen, immer kleiner, so werden die Konkurrenzkämpfe der imperialistischen Staaten mit allen ihren Begleiterscheinungen, Zollpolitik usw., immer stärker und werden auf der anderen Seite die imperialistischen Spannungen immer größer. Der Völkerbund war nie etwas anderes als eine Atrappe, die bei den breiten Massen Illusionen erwecken sollte. Er hat in keiner entscheidenden Frage auch nur versucht, einzugreifen. Wenn es noch dazu eines Beweises bedürft hätte, so zeigte es der Konflikt in der Mandatschrei. Angesichts dieser Situation vom Völkerbund zu behaupten, er ist ein gewaltiger Schritt vorwärts, heißt nur, in der Arbeiterschaft Illusionen zu erwecken. Und wenn die Genossin Siemsen sagt: „Was aber tut die Arbeiterschaft bis zur Eroberung dieser Macht?“, so ist es gewiß nicht ihre Aufgabe, die Illusionen in der eigenen Reihen zu verstärken, im Gegenteil: Es ist die Aufgabe, der Arbeiterschaft einzuflößen, daß, wie zum Kapitalismus der Imperialismus gehört, so zum Imperialismus der imperialistische Krieg, und daß der imperialistische Krieg nur zu beseitigen ist durch den Sturz des Kapitalismus.

Und in der Frage des Sturzes des Kapitalismus ist wiederum der Genossin Siemsen im entscheidenden Punkte zu widersprechen. Sie schreibt: „Wir wollen die Macht erobern, aber hoffentlich sind wir uns klar darüber, daß wir das nicht vermögen in nationalem Rahmen, sondern auf internationaler Grundlage. Kapitalsboykott, Wirtschaftsboykott, politischer Boykott, Krieg, würde einen europäischen Einzelstaat am Tage nach der proletarischen Machtergreifung erledigen.“ Wenn die Worte der Genossin Siemsen einen Sinn haben sollen, dann kann es nur dieser sein, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht national, d. h. nicht im Rahmen des deutschen Kapitalismus, die Macht ergreifen kann, sondern nur international. Hier muß aufs schärfste protestiert werden. Der Kapitalismus ist in den einzelnen Ländern nicht im gleichen Zeitraum entstanden, er ist zu verschiedenen Epochen eingebrochen. Die einzelnen Länder nicht im gleichen Zeitraum entstanden, er ist zu verschiedenen Epochen eingebrochen. Die einzelnen Länder sind nicht im gleichen Zeitraum in die imperia-

listische Phase eingetreten, sondern auch hier waren für die einzelnen Länder die Epochen verschieden. Genau so wie die kapitalistische Akkumulation die einzelnen Länder nicht gleichmäßig erfaßt hat, genau so wird der Sieg des Proletariats nicht international auf einmal erfolgen, sondern es wird von Land zu Land vorgestoßen, und immer an der Stelle, wo, wie Lenin sagt, die Kette am schwächsten ist. Es ist aufs schärfste abzulehnen, wenn die Genossin Siemsen die Machtergreifung der deutschen Arbeiterklasse davon abhängig machen will, daß die Arbeiterklasse international die Macht ergreifen wird. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als die Passivität der deutschen Arbeiterklasse in dieser Krise zum Programm erheben und damit dem Faschismus, dem bereits durch den Reformismus der Weg geebnet wurde, den Erfolg zu erleichtern. Und was soll das bedeuten, wenn sie zur Begründung ihres Satzes schreibt, daß Kapitalsboykott, Wirtschaftsboykott usw. einen europäischen Einzelstaat am Tage nach der proletarischen Machtergreifung erledigen würden? Mit demselben Argument hat man selbsterzeit in Rußland gegen die Bolschewiken gekämpft, und sie haben heute, 14 Jahre nach der Machtergreifung, bewiesen, daß sie nicht erledigt wurden. Die Russen haben das bewiesen, obwohl sie in einem

Land zu arbeiten hatten, daß im Prozeß der Industrialisierung weit hinter den westeuropäischen Ländern zurückgeblieben war. Die Genossin Siemsen schreibt selbst in ihrem Aufsatz, daß in Deutschland „alle objektiven Vorbedingungen einer revolutionären Entwicklung da sind“, d. h. also auch, daß eine technische Sozialisierung da ist, daß die technischen Bedingungen für eine sozialistische planwirtschaftliche Gestaltung gegeben sind. Wenn das Proletariat in Deutschland die Macht ergreift, dann wird ein internationaler Kapitalk- und Wirtschaftsboykott noch weniger bedeuten als er seinerzeit gegenüber Sowjetrußland bedeutet hat. Selbstverständlich ist es, daß die fremden kapitalistischen Mächte alles tun werden, um einem Deutschland, in dem die Diktatur des Proletariats herrscht, Schwierigkeiten zu machen, und selbstverständlich ist es, daß, wenn die Frage der Machtergreifung einmal akut wird, auch dieser Faktor in Rechnung zu stellen ist; aber, wie es die Genossin Siemsen tut, einfach zu erklären, daß die Machtergreifung nur auf internationaler Grundlage möglich ist, heißt, um es noch einmal zu betonen, die Arbeiter vom Kampf abhalten. Notwendig für die deutsche Arbeiterklasse ist es, jede Illusion über die demokratischen Möglichkeiten zu Machtergreifung zu überwinden, notwendig für die deutsche Arbeiterklasse ist es, jede Illusion über den Völkerbund, über den realen Pazifismus zu überwinden, notwendig für die deutsche Arbeiterklasse ist es, jede Illusion über Paneuropamöglichkeiten im Rahmen des kapitalistischen Systems zu überwinden, notwendig für die deutsche Arbeiterklasse ist es, zu erkennen, daß der Diktatur des Monopolkapitals und seiner faschistischen Garde die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt werden muß.

Entwicklung und Ausnutzung der ökonomischen Kräfte im Dienste der Menschheit zu hemmen und zu verhindern. Innen- wie außenpolitisch hat die Bourgeoisie im Weltkrieg und den nachfolgenden Jahren das letzte Wort gesprochen und es war ein Todesurteil ihrer eigenen Politik. Die Liquidierung des Krieges im Lager der Bourgeoisie brachte in den Hauptfragen wie in allen Einzelfragen eine Lösung im Sinne des historischen Rückschritts. Die Balkanisierung Europas ist das sichtbarste Zeichen dieser Entwicklung. Weder die Sieger noch die Besiegten haben bisher vermocht, auch nur ein einziges politisches Ziel aufzustellen, das auf der Linie des historischen Fortschritts liegt. Es gibt heute keine bürgerlichen Ziele in der Außenpolitik mehr, möge es nun die Außenpolitik Englands, Frankreichs oder Deutschlands sein, die nicht der Drosselung des Lebenspielraums anderer Völker und der eigenen unterdrückten Klasse dienen. Es gibt also auch keine Kräfte oder Tendenzen im Spiel der feindlichen Kräfte des Imperialismus, die eine proletarische Außenpolitik unterstützen oder zu ihren eigenen Lösungen machen könnte. Die Politik des Völkerbundes oder vielmehr die Austragung der Rivalität innerhalb dieser Versammlung, die so lange friedlich bleiben wird, bis die neuen Mächtelkombinationen sich kristallisiert haben und der ökonomische Druck die Furcht vor dem Widerstand der Völker gegen einen neuen Krieg überwindet, ist reaktionär, die Parole der deutsch-französischen Verständigung ist eine Verschleierung der Schaffung einer neuen Mächtelkoalition, die sich richtet einmal gegen den imperialistischen Gegenspieler England, zum anderen aber gegen den Außenseiter, dessen Politik allein den historischen Fortschritt vertritt, die Sowjetunion.

Der Sieg des Proletariats in der Sowjetunion, der Aufbau des Sozialismus in Rußland, die Schaffung der proletarischen Staatsgewalt, die als neue revolutionäre Macht auf die Bühne der Geschichte getreten ist, muß der Ausgangspunkt jeder Orientierung des Proletariats in Fragen der Außenpolitik sein. So wenig der pazifistische Standpunkt oder die pro-französische Haltung etwas mit proletarischer Klassenpolitik zu tun haben, so wenig genügt die allgemeine, theoretische oder vielmehr dogmatische Formulierung, daß das Proletariat den Kampf gegen den Krieg durch die Vorbereitung und Durchführung der Revolution zu führen hat. Diese Stellung der Aufgabe war richtig bis zum Oktober 1917. Heute sind wir eine geschichtliche Wegstunde weiter.

Revolutionäre Außenpolitik

Von Fritz Rück.

Bei jeder Stellungnahme zu den Notwendigkeiten einer selbständigen proletarischen Außenpolitik hört man immer wieder das Argument, eine revolutionäre Außenpolitik ist erst möglich nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Bis dahin habe das Proletariat nur die Möglichkeit, innerhalb der Außenpolitik der kapitalistischen Mächte die Tendenzen zu unterstützen, die auf die Erhaltung des Friedens als des Zustandes, der für die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes der günstigste sei, hinarbeiten. Wie die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre allerdings zeigt, fehlt in der Periode des Imperialismus, in der die entscheidenden Triebkräfte kapitalistischer Ökonomie und Politik zum Kriege drängen, jede Möglichkeit, sich auf diese Weise zu orientieren und jede politische Richtung, die es unternimmt, wird entweder zur völligen Ohnmacht und Sterilität verurteilt oder aber sie wird zu einem Stein im Brett der Austragung imperialistischer Gegensätze.

Marx und Engel nahmen Stellung zur Außenpolitik, die damals zu 90 Prozent noch europäische Politik war in einer Zeit, als die bürgerliche Klasse noch Aufgaben zu erfüllen hatte, die auf der Linie des historischen Fortschritts lagen. Sie forderten 1848 den revolutionären Volkskrieg gegen Rußland, dessen gewaltiges Schwergewicht der Rückhalt der feudalen und absolutistischen Reaktion in ganz Europa war. Damals entstand jene außenpolitische Einstellung, die noch 50 Jahre später August Bebel in völliger Verkenntnis der inzwischen gründlich geänderten historischen Situation zu dem Ausspruch verleitete: Wenn es gegen den russischen Zarenismus geht, nehme ich selbst noch die Flinte auf den Buckel. Daß diese Worte einmal als Haussegen an den Wänden der sozialdemokratischen Redaktionen hängen würden, um die ideologische Begleitmusik zur politischen Unterstützung des deutschen Imperialismus zu liefern, hat sich der alte Haudegen dabei sicher nicht gedacht. Bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges vertraten Marx und Engels die Auffassung, daß eine Niederlage der französischen Armee auf der Linie des historischen Fortschritts liege, weil sie die Schaffung eines deutschen Nationalstaats vorbereite. Sie wandten sich allerdings mit aller Schärfe gegen die Politik Bismarcks und Moltkes, als diese den Krieg fortsetzten und im Friedensschluß von Versailles Ansktionen durchsetzten, die den Keim zum nächsten deutsch-französischen Krieg legten. Zuvor jedoch legten die beiden Begründer des wissenschaftlichen Marxismus in dieser Periode die konkrete Untersuchung und Beurteilung der Situation ihrer Stellungnahme zugrunde, sie nahmen nicht Stellung gegen die Krieg überhaupt, den sie mit Clausewitz als eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln betrachteten, sondern begründeten die Niederlage aller reaktionären Mächte und Kräfte, die der kapitalistischen Entwicklung hemmend im Wege standen. Die

Voraussetzungen für die Entwicklung einer selbständigen proletarischen Außenpolitik existierten noch nicht.

In unserer Zeit hat sich die historische Situation entscheidend verändert. Der Kapitalismus ist aus einer fortschrittlichen zu einer reaktionären Wirtschaftsform geworden, deren einzige Aufgabe noch darin besteht, die

Briefe an die SAZ

„Ein wahrer Revolutionär“ und der PV der SPD

Dr. Karl Schröder, Berlin, vom „Bücherkreis“, in SPD und Jugend als besonders revolutionär bekannt, hatte vor einigen Wochen der Dresdner SJ zugezagt, in einer Mitglieder-versammlung am 27. November 1931 des SJV Dresden zu sprechen. Thema: Jugend und Revolution. „Doch erstens kommt es anders, zweitens als man denkt.“ — Karl Schröder schrieb ab: Er betrachte die Versammlung als eine „Provokation“, er könnte daher nicht sprechen, weiterhin würde er dadurch sein „Betätigungsfeld“ — die SPD — verlieren; denn wenn er aus der SPD ausgeschlossen würde, ginge er, wie uns ja bekannt sei, nicht zur SAP. Das sagt Karl Schröder, die Zentralsonne der Gruppe revolutionärer Sozialisten (Roter Kämpfer-Kreis). Bekanntlich ist die Gruppe revolutionärer Sozialisten „die einzige Bewegung, die auf dem Boden des revolutionären Marxismus steht“. Na dann, Karl

Schröder, bleiben Sie bei der SPD, lassen Sie sich nicht provozieren, wir bedanken uns für Leute, die so „konsequent“ sind wie Sie, die trotz ihres sogenannten „revolutionären Bewußtseins“ lieber bei der reformistischen SPD bleiben, als zur SAP zu gehen, die wenigstens den Willen zur Revolution, zur proletarischen Diktatur, hat. SJ Groß-Dresden, kennt ihr Karl Schröder von eurem Wochenendkursus vom 26.—27. September 1931 in Hohnstein wieder? Glaubt ihr wirklich, daß zwischen der sogenannten Opposition der SPD, deren Zeitschrift bekanntlich im „Vorwärts“ (!) angegriffen wird, und Karl Schröder, der Zentralsonne der Gruppe revolutionärer Sozialisten, um die sich die ganze Gruppe dreht, ein wesentlicher Unterschied besteht? Karl Schröder, der einst als KAP-Mann sagte: Mit Leuten wie P. Levis könnte er nicht zusammen in einem Raum sein, fühlt sich, wie es scheint, mit Wels, Noske, Severing usw. innerhalb des nach reformistischem Moder riechenden Raumes der SPD sehr wohl. Konsequenz sein ist eben nicht jeden Mannes Sache! Sippur

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Jugendblatt der SAZ

Sozialistische Jugend

Von Eugen Hammer.

Lebhaftes Durcheinander, Stimmengewirr, Lachen und Scherzen. An die 40 Burschen und Mädels zwischen 15 und 18 Jahren, sehr wenig ältere, — in so einer SJV-Gruppe geht es schon etwas lebendiger zu, als in einem Ortsverein der SPD, wo die Jugend bis 40 Jahre gerechnet wird.

Der Genosse Vorsitzender ist etwa 20 Jahre alt. Er ist Schriftsetzer, Amateurphotograph und versteht von seiner Bude her etwas von Reklame. „Hallo, Ilse!“ sagt er, „hast du dich schon in die Liste für die Weihnachtsfahrt eingetragen?“ „Die Liste hast du aber fern gemacht, Fritz!“ antwortet das Mädchen. „Auf der ersten Seite der Skihas und dann die Photographien und die Inschriften — wie ein richtiger Prospekt von einem Reisebüro, großartig!“ Und sie schreibt sich ein.

„He, Schorsch!“ ruft Fritz und langt sich einen der Buschen, „drück' dich nicht an uns vorbei, du mußt dich auch einzeichnen. Jeder muß mit.“ „Ich...“ „Nischt! Die Gruppe muß vollzählig sein. Du bist jetzt Kapitalist, hast Arbeit, da kannst du auch die 6 Mark ausgeben.“ „Wirklich nur 6 Mark?“ „Jawohl, 6 Mark für Auto von Dresden nach Sayda und dreimal Uebernachten. Unterschreib' dich nur. Mußt eben 14 Tage lang weniger verschwenderisch sein.“

Schorsch unterschreibt und sieht die Liste nach. „Was, die Ilse fährt mit? Ilse, du mußt dann aber auch was tun, wenn wir draußen sind.“ „Natürlich, dich bedienen, du Faupelz, was, das könnte dir so passen?“ Sie zanken sich eine Weile mit spaßhaftem Ernst. Dann einigen sie sich: Schorsch wird das Holz holen und klein machen, und Ilse wird kochen. Schorsch brummt: „Da hat sie mich wieder übers Ohr gehauen. Holz holen und kleinmachen ist die größere Arbeit. Was da draußen schon gekocht wird. Puh!“ Dafür kriegt er einen Puff von Ilse, dann lachen sie beide und gehen zu einer sachverständigen Diskussion über Skibindungen über.

Von der Gruppenverwaltung ist ein Wunschheft aufgelegt. In kindlichen und geistreichen Handschriften, fast alle etwas ungenau und arbeitschwer, steht da zu lesen, wie die Jugend sich die Gruppenarbeit gestaltet wünscht: Vortrag über den Unterschied zwischen sozialistischer und kommunistischer Jugend — Eine Abendwanderung — Was ist Marxismus? — Möglichst bald einen Heiteren Abend — Grundlagen der Gesellschaftsordnung — Wieso gibt es Nationalsozialisten? — Was für Rechte hat ein Lehrling? — Wir könnten auch mal ein Tanzvergnügen machen — Referat über Diktatur des Proletariats und klassenlose Gesellschaft — In der Volkszeitung steht, daß Hilferding sagt, Brüning führt den Sozialismus ein. Ich möchte wissen, wie der das meint. Ich habe 5 Mark Unterstützung — Wer das geschrieben hat, soll statt der Volkszeitung lieber die SAZ lesen. Ich beantrage einen Rußlandbericht — Machen wir einen Ausflug in den Priesnitzgrund — usw.

Tap, tap, tap! „Ruhe, wir fangen an!“ Zunächst macht das nicht viel Eindruck. Der Lärm ist groß, manche haben den Ruf gar nicht gehört. Tap! tap!! tap!!! Ru-he! Ru-he!

Ruhe tritt ein, richtige, disziplinierte Ruhe. Die Gruppenarbeit des Abends beginnt, und das wird ernst genommen. Protokoll vom letztenmal, Geschäftliches, Verschiedenes. „Hat noch jemand eine Anfrage oder sonst was? Ist nicht der Fall? Dann erteile ich dem Referenten das Wort. Er ist eingesprungen für den Genossen Kuli, der schlechte Kerl hat wieder abgesagt, aber er ist doch nicht so schlecht, denn er hat wirklich viel Arbeit. Also, wir fangen an.“

Das Thema ist „Brüning und Militärdiktatur“. Der Genosse, der den Kuli, den schlechten Kerl, der aber doch nicht so schlecht ist, vertritt, referiert nicht, sondern wählt die Form der Arbeitsgemeinschaft. „Zunächst müssen wir wissen, was Diktatur ist, dann können wir über Militärdiktatur sprechen. Was also ist Diktatur?“ Anfänglich befängenes Schweigen, denn die Gruppe ist an Arbeitsgemeinschaft noch nicht gewöhnt. Aber dann faßt einer von den Burschen sich ein Herz. Doch weil er sich anstrengen muß, den Bann zu brechen, bekommt die Definition besonders knappe Form: „Diktatur, das ist, einer kommandiert, um die andern darff'n bloß bariern!“ Alle freuen sich über diese instruktive, urwüchsige Erfassung des Wesentlichen. Schmunzelnde Heiterkeit stellt den Kontakt her zwischen der Gruppe und dem Genossen, der für den Kuli, den schlechten Kerl, der usw. . . . eingesprungen ist. Nun ist die Arbeit in Schwung. Die verschiedenen Arten der Diktatur in Jugoslawien, Spanien, Polen, Italien werden erörtert und verglichen, das Brüningregime wird analysiert, die Herren Hitler, Gröner und Severing werden unter die Lupe genommen. Die Frage der Demokratie

wird aufgeworfen, und das führt zu einer kurzen Untersuchung über das Wesen des Staates. Einer meint, der Staat sei eine Brücke zwischen den Klassen. Die andern sind nicht einverstanden. „Quatsch“, sagen sie, „was heißt Brücke, bist du für den Wirtschaftsbeirat?“ Nee, das ist er nicht, also läßt er sich überzeugen, daß der Staat keine Brücke, sondern eine Zwangsjacke ist, eine Zwangsjacke zur Zusammenhaltung gegensätzlicher Interessen. Wenn die Gegensätze zu groß werden, muß die Zwangsjacke eben platzen. Nicht Wirtschaftdemokratie, sondern Klassenkampf, jawohl!

Dann gibt's einen Zwischenfall. Im Nebenraum wird eine Ziehharmonika die gräßlich populäre Melodie des Kuckuckliedes aus dem Balg gequatscht. „Die Radfahrerjugend hat einen Heiteren Abend! Wir wollen aber Ruhe haben! Wir haben gegensätzliche Interessen zu denen. Stimmt! die Zwangsjacke der Zimmernachbarschaft muß platzen, wenn die nicht aufhören!“ Gelächter; ein Parlamentär wird hinübergeschickt, nichts kommt zum Platzen, man baut eine Brücke, indem man gemeinsam auf den Wirt schimpft, weil er

eine Vergnügungs- und eine Schulungsgruppe am selben Abend nebeneinander untergebracht hat. Dann verzichten die Radfahrer auf Harmonika und Gesang, während die Schulungsgruppe über den mit anderen Methoden erzeugten Lärm hinwegzuhören beschließt.

Man arbeitet weiter und kommt zu dem Schluß, daß wir in Deutschland keine Militärdiktatur zu erwarten haben. Herr Gröner an der Spitze von 100 000 Mann Reichswehr und 250 000 Mann Polizei spiele zwar eine unerhörte wichtige und gefährliche Rolle, aber das deutsche Proletariat könne damit allein nicht niedergehalten werden. Dazu sei für die Konterrevolution eine ganz andere Massenbasis nötig, die soll die faschistische Bewegung liefern. Die von Brüning und Gröner für die Arbeiterschaft vorbereitete Gefahr sei nicht eine eigentliche Militärdiktatur, sondern eine faschistische Diktatur, mit entscheidender Unterstützung durch Reichswehr und Polizei. „Arbeiter, sammelt euch zum Widerstand! Arbeiterjugend voran!“

So ist das Thema gelöst und der Abend würdig geschlossen.

Freundschaft! Freundschaft!

Was heißt „ideologische Vorbereitung“?

Von Franz Bobzien, Hamburg

Die Debatten in unseren Jugendgruppen haben sich in den letzten Wochen oft um die sehr wichtige Frage unserer Stellung zum KJVD gedreht. Nun besteht aber die Tatsache, daß man nur dann zu irgendeiner Sache wirklich Stellung nehmen kann, wenn man den Gegenstand der Aussprache kennt. Der einzige fruchtbare Weg, sich über Wollen und Weg anderer, an der Befreiung des Proletariats arbeitender Organisationen zu informieren, ist der der persönlichen Fühlungnahme, der Auseinandersetzung. Zur Entgiftung der Atmosphäre, die der Bruderkrieg zwischen KPD und SPD geschaffen hat, ist es unbedingt erforderlich, daß namentlich die junge Generation des Proletariats sich über alle Partei- und Sektenprogramme hinweg an einen gemeinsamen Tisch setzt und vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit die Probleme des Klassenkampfes diskutiert.

Die Einheit der proletarischen Klasse ist kein Kunstprodukt, das hinter luft- und schalldichten Wänden irgendeines Parteiapparates wie der Homunkulus im Glase fabriziert wird, sie wird vielmehr geschaffen in der lebendigen Auseinandersetzung, im Streit der Meinungen, der ausgetragen werden muß vor der Gesamtheit der Klasse. Jede proletarische Organisation, die die Einheit der Klasse ehrlich will, muß die Auseinandersetzung wollen und bereit sein, zu gegebener Zeit sich zu Gunsten der Klasseneinheit selbst aufzugeben. Es gibt keine proletarische Partei, die das Recht hätte zu sagen, die Einigung sei nur möglich auf dem Boden ihres so oder so gearteten Programms. Sie würde sich damit in eine Situation begeben, die der der katho-

lischen Kirche ähnlich ist: sie hat die reine, einzigwahre Lehre, und wer die nicht bekennt, ist ein armes, räudiges Schaf, dem die Tore des Paradieses und der ewigen Seligkeit verschlossen sind. Das Problem der Einheit muß von den proletarischen Organisationen, insonderheit von der SAP und dem SJV, deren Daseinsberechtigung mit der Ehrlichkeit ihres Klasseneinigungswillens steht oder fällt, gesehen werden, wie Marx den Sozialismus als Ganzes sah: „Wir treten . . . nicht doktrinär der Welt mit einem neuen Präzip entgegen: hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! . . . Wir sagen ihr nicht, laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug, wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben, wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wen sie auch nicht will.“ (Marx, Vorwort z. Dtschen Ideologie.)

Unser Kampf kann nicht ein Kampf um die Einigung der Klasse auf dem Boden einer der bestehenden proletarischen Parteien sein. Die Identifizierung von Parteinheit und Klasseneinheit ist falsch, solange in den verschiedenen proletarischen Parteien verschiedene Meinungen über Ziel und Weg vorhanden sind. Die Identifizierung von Partei- und Klasseneinheit ist richtig, sobald das Proletariat seinen Weg in lebendiger kameradschaftlicher Auseinandersetzung geklärt hat. Es bedeutet für die Einheit der Klasse absolut garnichts, wenn heute oder morgen die eine oder die andere Gruppe vom SJV zum KJV oder umgekehrt hinüberwechselt. Wohl aber bedeutet es viel für die Einheit der Klasse, wenn wir uns den Gesetzen der Dia-

Sozialistische Charakterbildung

Von Fritz Lamm

Es ist richtig, daß das Milieu, in dem wir leben, uns bestimmt. Bei unserer Erziehungsarbeit haben wir also auf unser Milieu zu sehen, ob wir es richtig gestalten, damit es uns richtig erzieht. Genosse Gottfried Riehl schrieb in Nr. 7 der SAZ unter der Ueberschrift „Arbeiterjugend und Bildung“:

„Auch Sport, Spiel, Tanz und Wandern sind Mittel der Erziehung und Bildung, nicht Mittel der Wissensbereicherung, wohl aber Mittel der Charakterbildung.“

Sind sie das wirklich — oder besser: best. t nicht gerade durch diese Dinge die Gefahr, daß ein Charakter gebildet wird, den wir nicht bilden dürfen?

Wir Stettiner SAJler lagen kurz nach der Gründung von „roten Pionieren“, also Gruppen, die die politische Bildungsarbeit in den Vordergrund stellen sollten, in Streit mit den oberen Bezirksinstanzen — über diese Fragen der Geselligkeit. Und schließlich wurde uns angeordnet, daß wir nicht an jedem Heimabend uns politisch beschäftigen dürften, sondern, daß wir Spiel, Sport, Geselligkeit nicht vernachlässigen sollten. Und tatsächlich war diese Anordnung geschehen, weil diese Dinge den Charakter so bildeten, wie es der SAJ-Bezirksleitung nur recht sein konnte.

In der SAJ, besonders wie ich sie jetzt in Pommern kennen lerne, ist meist der einzige Gedanke bei den einzelnen Genossen lebendig, sie seien lediglich in der SAJ, um ihre Freizeit vernünftig auszufüllen. So erfüllen Spiel, Sport, Tanz, Geselligkeit bei ihnen die Funk-

tion, sie über das wirkliche Leben hinwegzutäuschen, es drängt ihr Interesse vom Klassenkampf ab — und sie freuen sich manchmal, daß es doch so eigentlich ganz schön sei.

Wir haben häufig bei unseren Jugendgenossen in der SAJ erleben können, daß ihnen schließlich der Sinn ihrer SAJ-Tätigkeit diese individuelle Befriedigung war. Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade die Genossen, die immer Spiel und Geselligkeit in der SAJ betrieben und gefördert haben, auch heute noch in der SAJ sind, während die Genossen, die eine Abkehr von den eigentlich doch reichlich bürgerlichen Beschäftigungen, wie sie diese Spiele und dieser Tanz (eben auch der Volkstanz!) darstellen, und die immer schon eine bewußte Erziehung zu revolutionären Soldaten gefordert haben, heute zum Sozialistischen Jugendverband gehören.

Wie leicht macht diese Geselligkeit der SAJ es den einzelnen Genossen, weiter in Illusionen über das nackte Leben zu bleiben. Und wie wenig konnten diese Dinge dem wirklich ernsthaften sozialistischen Jugendgenossen sagen und bieten. Und all das Illusionäre, was in dieser Art Beschäftigung enthalten ist, ist das Gefährliche für uns, ist das, was wir ablehnen müssen. Wir können uns den Luxus nicht gestatten, die wenige uns zur Verfügung stehende Freizeit damit auszufüllen.

Wir dürfen und können nicht argumentieren, wie man es in der SAJ — und auch da gegen unsere Ueberzeugung — tat, daß wir anders nicht an die Jugendlichen heran-

Die Spieltruppe

Wir geben dieser Erwiderung des Genossen Bernhard Ramm, betonen jedoch, daß wir seiner Argumentation nicht in allen Teilen beipflichten. In den Darlegungen des Genossen Fuhrmann war viel Beachtenswertes. Es muß das Bestreben unserer Spieltruppe sein, dem von ihm gezeichneten Idealzustand möglichst nahezukommen!

Red. d. SAZ.
Auf den im letzten Jugendblatt der „SAZ“ veröffentlichten Artikel von Lothar Fuhrmann muß nochmals, und zwar von der praktischen Seite eingegangen werden. Ich muß vorausschicken, daß den Spieltruppen jede Kritik an ihrer Arbeit willkommen ist. Man muß aber den Weg zur Aenderung der Arbeit von der realen Seite sehen und nicht nur theoretisch.

Das Idealbild, welches uns der Genosse Fuhrmann zeigte, schwebt auch als Ideal jeder Spieltruppe des SJV voraus. Es muß schon gesagt werden: es wird wohl auch Ideal bleiben. Warum? Unsere Spieltruppen bestehen zu 100 Prozent aus Laienspieler, die gleichzeitig verantwortungsvolle Funktionen im SJV ausüben. Und das ist gut so. Wir wollen keine Spieler, die losgelöst vom politischen Tageskampf, fertige Kunst darbieten, sondern legen Wert auf Spieler, die nicht in den höchsten Sphären der Kunst schweben. Wir brauchen Spieler, die den Ernst und die Verantwortung unseres Kampfes täglich in der Kleinarbeit erfahren und die ihre Spieltruppenarbeit als Teil unserer Kulturarbeit betrachten.

Ich hoffe, es wird jetzt klar, daß die Spieltruppen nie über den Rahmen der ihnen gesetzten Möglichkeiten herauskommen. Man kann von ihnen kein „inprovisiertes Spiel in jeder Saalecke“ verlangen.

Zu den Programmen und deren ideologischem Inhalt: Man fordert von uns: weniger symbolisches Spiel, dafür Darstellung tagespolitischer Ereignisse mit revolutionärer Tendenz. Wir sind derselben Meinung, lehnen es allerdings, wenn das im Rahmen einer Veranstaltung notwendig erscheint, nicht ab, das schon Erreichte oder das noch zu Erkämpfende zu symbolisieren. Anders natürlich auf einer Versammlung oder in einer Kundgebung. Aktuelle politische Ereignisse ist die Forderung. Hier sind wir an einem Punkt, an dem wir schon als SPD-Jugend kranken, wo der kritische Rahmen noch viel enger war. Woher das fertige Material nehmen? An Problemen und Themen mangelt es wahrlich nicht. Es ist so, daß alles aktuell Politische Eigenproduktion der Spieltruppen ist. Und daß hier nicht alles, trotz Kollektivarbeit, gut ist, bestreitet keiner. Deshalb fordern die Spieltruppen von allen dazu Befähigten: Schafft uns Material, mehr als gebraucht wird, damit wir Auswahl haben, nur gute Sachen bringen und uns die Zeit, die wir bisher mit Materialschaffung verbracht haben, frei wird zur Ausbildung der Spieltruppen. Horst Berthold.

kämen. Und weil wir doch eben die Psychologie des Jugendlichen, . . . und weil wir doch eine Massenbewegung . . . usw. Wir müssen im Sozialistischen Jugendverband daran denken, daß es nicht auf irgendwelche Massen ankommt, sondern auch auf die Qualität, die in den Massen verkörpert ist. Und wir können uns auch mit der flachen Antwort begnügen, daß, wer diese alte Beschäftigungsart ablehne, eine neue an deren Stelle zu setzen verstehen müsse. Vielmehr werden wir um neue Formen ringen und kämpfen müssen, bis sich das Neue schlechthin gestaltet.

„Bildung macht frei“ — und doch auch gibt es eine Charakterbildung, die unsere Genossen hemmen kann, und die wir ablehnen müssen. Wir müssen nicht nur mit den Ideologien, sondern auch mit den Formen des Bürgertums brechen, wenn es uns gelingen soll, uns selbst und andere wirklich revolutionär zu erziehen. Wenn wir aber durch verkehrte Auswahl der Mittel schon jetzt abgleiten in eine uns gar nicht spezifische — und daher auch absolut nicht fördernde Erziehung, wenn es uns nicht gelingt, wirklich andere Menschen und andere Formen auch zu schaffen, dann haben wir bei diesem wichtigen Faktor Erziehung versagt. Es geht nicht an, zu meinen, wenn wir das bessere Bewußtsein hätten, dann würden dieselben Formen für uns anderen Sinn als für andere haben. Mag das für einzelne stimmen, bei den anderen ist es doch aber gerade so, daß die Form als ein wesentlicher Bestandteil des Milieus sie bildet — und vielleicht verbildet.

Haben wir auch in diesen Dingen den Mut zum radikalen Brechen mit den alten Formen! Bleiben wir nicht wieder still stehen, und gehen wir nicht zurück!

„Wir rauben unser Brot...“

Die Leiterin der Goldacker-Filiale in der Lychener Straße sieht sich, als sie abends das Geschäft verläßt, zwei Revolverläufen gegenüber. Man entreißt ihr den kleinen Koffer. Um die Straßenecken huschen flüchtige Gestalten.

Drei junge Burschen die Täter.

Ein Stock saust herunter, schmettert der Dame im Mantel auf den Kopf, sie schreit, wankt, ihre Handtasche wird ihr weggerissen.

Eine dunkle Gestalt hetzt davon, die Lindenallee entlang. Verschwindet. Tschakos blinken, jagen aufleuchtend durch den Lichtkreis der Straßenlaternen, scharf tönt das Klappen genagelter Stiefel auf den Steinen. Umsonst.

Mühsam gibt die Ueberfallene den Uniformierten Auskunft: ein junger Mann in dunklem Mantel...

Der Kunde in der kleinen Bäckerei in der Eichendorffstraße zieht die Hand aus der Tasche, legt sie auf die Ladentafel. Das Licht glänzt auf dem glatten Lauf einer Pistole.

Ein gellender Angstschrei, Türen knallen auf, wütender kurzer Kampf. Ueberwältigt, zerrauft, stumpf wartet der Fremde auf das heranjagende Ueberfallkommando.

Ein junger Bursche, 21 Jahre alt.

Hinter der Brücke am Teltowkanal wird der Sandkasten lebendig. Da sind dem alten, schon siebzehnjährigen Boten zwei junge Arbeiter zur Bedeckung mitgegeben. Aber sie kommen zu keiner Gegenwehr. „Hände hoch!“

Wie ein Film, ein schlechter Apachenfilm, die Zensur sollte ihn verbieten. Aber es ist Berlin und am hellen Tag. Am Teltowkanal. Drei Männer mit Totschlagern hauen zu, schnell, brutal.

Die Bedeckung taumelt zu Boden, mühelos entreißt man die Tasche den schwachen Händen des Alten.

Zwei, drei Sprünge.

Das Motorrad knattert an, geduckt hocken die drei, im Beiwagen, auf dem Sozius, am Steuer. Schämend spritzt gelber Matsch von den Rädern, Kurve, we...

Beute: 2500 Mark.

Eine Chronik eines einzigen Tages und man kann seine Hand dafür ins Feuer legen, daß sie nicht vollständig ist.

Und immer sind es die Jungen, deren Taten man liest. Mit befriedigtem Achselzucken nehmen sie davon Notiz, die Herren aus den Abendzeitungen und den Moralblättern. Wir sagen es ja immer. Das nimmt kein Ende mit dieser Jugend. — Hier, bitte: Tatsachen, nichts als Tatsachen...

Sie sind ja sooo objektiv. Alle pochen sie auf die Tatsachen, die Pastoren und Pädagogen, die Kriminalisten und Juristen. Die erschreckende Kriminalität der heutigen Jugend...

Arbeitshäuser und Kasernen und Zuchthäuser winken in zarter Dreieinigkeit. „Wir fordern die Prügelstrafe!“ gellt rachsüchtig der Chor reaktionärer Pädagogen.

Aber solange der Willy Kaluhnke in der Eisendreherei gearbeitet hatte, dachte er nicht an den Totschläger, mit dem er die Kontoristin niederschlug.

Solange Robert Kolak noch Portier war, ging er nicht mit Scheintodpistolen in kleine Läden und suchte die Ladenkasse heim. Er wurde auch anderswie satt.

Aber sie sind keine Eisendreher und Portiers und Kutscher und Laufburzen mehr, Hunger haben sie aber trotzdem noch. Und daher kommen die Notizen in der Abendzeitung. Aber das ist ja keine Entschuldigung, gewiß nicht: „Die Not des deutschen Volkes ist ungeheuer, und jeder muß zu den schwersten Opfern bereit sein...“

Nein, das haben wir nicht nötig, Herr Brüning. Weil Sie und Ihre Wirtschaftskapitäne abgewirtschaftet haben und nicht weiter wissen, weil sie nur noch Pelzmäntel tragen können, wenn wir in Lumpen laufen, weil sie weder Arbeit noch Brot mehr schaffen können, sollen wir „Opfer bringen“.

Nein. Es sind sicher nur die Allerverzweifeltsten, die rauben müssen, um satt zu werden, aber daß es Tag um Tag mehr werden und mehr, das ist auch ein Schlußsignal: Millionen Hungerige sind zum Außersten getrieben!

Sozialistischer Jugend-Verband Groß-Berlin

Große Funktionär-Versammlung

Montag, 7. Dezember, 20 Uhr, Großer Saal, Haverlands „Festsäle“, Rochstraße, Ecke Neue Friedrichstraße

Thema:

„Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Krise.“ Ref.: Gen. Fritz Sternberg
„Die Lehren des Breslauer Metallarbeiterstreiks.“ Ref.: Gen. Herm. Ziegler-Breslau

Zu dieser Versammlung sind alle F.S.J.- und Z.d.A.-Jugendgenossen eingeladen. Unsere SJV.-Funktionäre sind pünktlich 19 1/2 Uhr anwesend

Bahnhof Westkreuz

Der Berliner Stadt- und Ringbahnhof „Ausstellung“ wird demnächst in „Bahnhof Westkreuz“ umgetauft. Die bisherige Bezeichnung ist ja sicherlich falsch, weil der wahre Ausstellungsbahnhof Witzleben ist. Aber konnte man wirklich keinen schöneren Namen finden als ausgerechnet Westkreuz? Offensichtlich will man die Bevölkerung hier öffentlich an den kommenden Gaskrieg gewöhnen, und die Giftköche werden sich freuen, daß ihre Giftgasnamen so in der breitesten Öffentlichkeit propagiert werden. Denn wer denkt bei dem Namen „Westkreuz“ nicht sofort an Gelbkreuz, Blaukreuz und die anderen Kreuzgifte? Vielleicht befindet sich auch in der Nähe des genannten Bahnhofes so eine Giftgasfirma, von der man nur noch nichts weiß.

Vielleicht hat sie ein neues Giftgas „Westkreuz“ in Arbeit, dem man durch entsprechende Benennung des nächstliegenden Bahnhofes Heimatrecht verleihen will.

Schöne Perspektiven! Wir empfehlen, nun noch im gleichen Rahmen, die Umbenennung des U-Bahnhofes Kaiserhof im Regierungsviertel in Hitlerhof, Bahnhof Hallesches Tor an der Lindenstraße in Hörsingtor, der Bendlerstraße in Oasietzkystraße und die Königin Augusta-Straße heißt dann zweckmäßig... Schleicherpfad.

Schon wieder die Agfi

Erst vorgestern haben wir auf die tarifwidrigen Zustände in diesem Unternehmen des Finanzkapitalismus hingewiesen. Soeben

erfahren wir nun aus Gewerkschaftskreisen, daß sogar die Gewerpelizei sich des Treibens bei der Agfi (Direktor Deutscheier) angenommen hat, weil bis in die späte Nacht hinein Ueberstunden ohne entsprechende Bezahlung gemacht würden, deren Verweigerung als mangelndes Geschäftsinteresse mit sofortiger Kündigung beantwortet worden wäre, weil einige Angestellte am Bußtag gearbeitet hätten, weil ein Betriebsrat nicht vorhanden sei, wohl um dessen Funktion bei Kündigungen auszuschalten. Wenn jetzt auf Betreiben der Gewerpelizei ein Betriebsrat gewählt werden wird, wird die Direktion sicherlich ihre zuverlässigen Vertrauensleute zu lancieren suchen. Angestellte, paßt auf! Wählt nur freie Gewerkschaftler!

Leider ist ein erheblicher Teil der jetzigen Angestellten noch nicht 18 Jahre alt und daher zur Betriebsratswahl nicht wahlberechtigt. Um so schärfer werden die Gewerkschaften, insbesondere der ZdA, dieser Firma auch weiterhin auf die Finger sehen. Faschistische Methoden, wie sie anscheinend Herr Deutscheier liebt, dürften ihm vorderhand kaum gelingen.

Bahnräuber

auf frischer Tat gefaßt

In der Nacht zum Sonnabend überraschten Beamte der Kriminalpolizei und des Eisenbahnüberwachungsdienstes eine Bande von Bahnräubern, der man schon einige Zeit auf der Spur war. Einer der Räuber war auf einen in Fahrt befindlichen Güterzug gesprungen, hatte die Plomben gelöst und war dabei, einzelne Güterstücke die Böschung hinabzuwerfen, wo sie von drei anderen Genossen aufgesammelt wurden. Auf die Halterufe der Beamten flüchteten die Räuber. Die Beamten gaben einige Schüsse ab, worauf die Täter festgenommen werden konnten. Die Festgenommenen, es handelt sich um berühmte Verbrecher, sind der 23 Jahre alte Kurt Rudnick, der 30 Jahre alte Bruno Rietz, der 45jährige Paul Werstein und ein Onkel des Kurt Rudnick, der 50 Jahre alte August Rudnick.

Auf dem Felde des Profits gefallen

In der Kindbrauerei in Weißensee ereignete sich Sonnabend früh im Kesselhaus ein schwerer Betriebsunfall, dem der 25jährige Kohlenzieher Gustav Gebhardt aus der Friedrichselder Straße 13 zum Opfer fiel. Gebhardt war mit dem Bunkern von Kohle beschäftigt, als plötzlich ein Siederrohr platzte, so daß durch die gewaltsame Entleerung des Kessels auch die Feuerung herausgeschleudert wurde. Gebhardt wurde durch den ausströmenden Dampf und siedendes Wasser am ganzen Körper schwer verletzt. Er versuchte trotz der schweren Brandwunden noch durch ein Fenster das Freie zu erreichen, brachte sich, als er durch die Fensterscheibe sprang, noch schwere Schnittverletzungen im Gesicht bei und brach dann draußen bewußtlos zusammen. Er wurde sofort in das Krankenhaus in Weißensee gebracht, wo er bald nach der Einlieferung seinen Verletzungen erliegen ist.

Ins Wasser

Von der Tchowbrücke sprang eine unbekante Frau in den Teltowkanal und ging sofort unter. Der sofort herbeigeleiteten Feuerwehr gelang es, sie aus dem Wasser zu bergen. Man brachte sie nach dem St. Joseph-Krankenhaus, wo man nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte.

Aus der Mach

Potsdam
Das Volkshaus in Schwierigkeiten. Die Mühlenberggrotte, die als Volkshaus vom ADGB vor einigen Jahren übernommen wurde, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Es ist ein Zwangsverwalter bestimmt worden.

Birkenwerder
Eine Bombe. Gegen die Wohnung des Amtvorstehers wurde ein Sprengstoffanschlag verübt. Die Täter sind entkommen. Es

wurde nur Sachschaden angerichtet. Hinter dem Attentat stecken wahrscheinlich politische Motive.

Pritzerbe (Westhavelland)

Bürgersteuer wird verordnet. Magistrat und Vertretung hatten einstimmig die Einführung der Bürgersteuer abgelehnt. Nun ist sie von der Aufsichtsbehörde verordnet worden. Sie wird zum einfachen Landessatz erhoben.

Lehni.

Der Bezirksausschuß des ADGB veranstaltet im Jugendheim Waldfrieden vom 6. bis 16. Dezember einen Lehrkursus für erwerbslose Jugendliche im Regierungsbezirk Potsdam. Leiter sind die Kollegen Woellner und Himpel.

SAP

Achtung! Achtung!
Bezirksverband Berlin: Montag, 7. 12. erweiterte Bezirksvorstandssitzung bei Walter, Lungestr. 17, 104. Von jeder Ortgruppe erscheint ein Vorsitzender. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Da außerordentlich wichtige Tagesordnung.
Bezirksverband Berlin: Der Referentenkursus beginnt Dienstag, 8. 12. 1931, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13, Zimmer Nr. 98, parterre. Leiter des Kurses Genosse Dr. Fritz Levy. Unkostenbeitrag für Erwerblose 0,10 M., für in Arbeit Stehende wird der Unkostenbeitrag im Kursus selbst geregelt.
Bezirksverband Berlin: Zeitungsoblate! Wir erheben nochmals an die Beantwortung der Rundschreiben und bitten, die Antworten umgehend an den Bezirksverband Berlin zu richten.
Bezirksverband Berlin: Alle Sportfunktionäre, die der SAP angehören, treffen sich zu einer Besprechung, Montag, 7. 12. 1931, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.
Ortgruppe Köpenick: Abt. Falkenberg z. Bohnsdorf, Dienstag, 8. 12. 1931, Mittglerversammlung im Gemeinschaftshaus Falkenberg (Jugendheim), Vortrag: Die faschistische Gefahr.
Ortgruppe Spandau: Mittglerversammlung Mittwoch, 9. 12. 1931, bei Brandenburger, Augustufer, Ecke Moritzstr., Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksverband und zum Aktionsprogramm.
Ortgruppe Charlottenburg: Mittglerversammlung Montag, 7. 12. 30, im Lokal Grüngang, Charlottenburg, Fritschstr. 43 (Eingang Pestalozzi). Tagesordnung: Abschluß der Besprechung des Aktionsprogramms, Bezirkskonferenz-Anträge und Wahlen.
Ortgruppe Kreuzberg: Zahlabend Mittwoch, 9. 12. 1931, in folgenden Lokalen: Abt. Süden bei Lohk, Schönhauser Str. 6, Abt. Südost in Kottbuser Str. 19, Abt. Süd-West, im Zelt 3, Kreuzberg, 2. Abt. Hallesches Tor bei Balba, Glöckler Str. 88.
Ortgruppe Prenzlauer Berg: Bildungskursus der Genossen Dora Fabian, Montag, 7. 12. bestimmt im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.
Ortgruppe Mitte: Mittglerversammlung Mittwoch, 9. 12. 1931, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. Referent Genosse Fritz Sternberg. Thema: Wirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
Ortgruppe Reinickendorf: Abt. Reinickendorf-West und Fedel, Dienstag, 8. 12. 20, Mittglerversammlung im Lokal Glöckler, Scharowerberg-Ecke General-Barby-Straße.
Ortgruppe Reinickendorf: Abt. Reinickendorf-Ost: Mittwoch, 9. 12. 1931, Mittglerversammlung im Bürgergarten, Hauptstr. 51. Referent Genosse Schulz. Thema: Demokratie-Diktatur.
Ortgruppe Steglitz: Mittglerversammlung, Dienstag, 8. 12. 20, bei Warnicke, Steglitz, Bogenstraße 6. Tagesordnung: Aktionsprogramm und Ortsblatt.
Ortgruppe Tegel: Mittglerversammlung, Mittwoch, 9. 12. 20, im Lokal Schillerlocke, Oberschönfelder, See-Veranstaltung.
Ortgruppe Tiergarten: Mittglerversammlung, Mittwoch, 9. 12. 1931, im Parkrestaurant, Turmatr. 18. Gewerkschaften und SAP. Referent Genosse Hans Selgauer.
Ortgruppe Tiergarten: Abt. West: Mittglerversammlung, 9. 12. 20, bei Techt, Steglitzer-Ecke Flottwellstr., Sympathisierende mitbringen.
Freie Spielstätte Neukölln: Übungsstunde jeden Dienstag, 20-22, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstraße 24. Interessenten für Trommel, Flöte, Schlagzeug, werden sachgemäß ausgebildet. Vorn. Karl Schenk.
Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 24, 3. Hof 4. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Heute, Sonntag, 6. 12.:
Falkenberg: Heim. Gemeinschaftshaus am Bahnhof Grünau. — Heimabend.
Mitte Süd: Kursus des AB-Nord-Ost. 10 der T. A.
Neukölln IV-Brick: Heim. Steinmetzstr. 140. — Heimabend.
Spandau: Heim. Lindenauer 2. — Heimabend.
Aktionsbezirk Nord: Heim. Lehnstr. 18/19. — Heimabend ab 18 Uhr.
Aktionsbezirk Nord-Ost: Vorm. 10 Uhr, Heim. Prenzlauer Allee 34, Schulungskursus: „Das Aktionsprogramm“. Referent: Genosse Stöckert. 20 Uhr. Beteiligung an der Parteimitgliederversammlung, Schönhauser Festsäle. Thema: „Die werdende Revolution“. Referent: Genosse Eckstein, Breslau.
Roter Sturm: Heute 15. Treffpunkt: Ringbahnhof Tempelhof.

Morgen, Montag, 7. 12., 19.30 Uhr:
SJV. Groß-Berlin: Große Funktionär-Versammlung im großen Saal Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße. Alle Funktionäre müssen kommen. Die E.B.L. trifft sich um 19 Uhr vor Haverlands Festsälen.
Charlottenburg-Mitte: Beteiligung an der Funktionärskonferenz Haverlands Festsäle.
Falkenberg: Heim. Gemeinschaftshaus.
Hansa: Funktionärskonferenz.
Mitte-Nord: Ernst Toller und Mitte-Süd: Wir besuchen die Funktionärversammlung, Haverlands Festsäle.
Reinickendorf: Geschlossene Beteiligung an der Funktionärversammlung.
Schönhauser Vorstadt: „Paul Levi“: Funktionärversammlung des SJV.

Die Roten Falken:

Prenzlauer Viertel: 17-19 Uhr, Heim. Prenzlauer Allee 34.
Marxistischer Arbeiterbildungszirkel: Mittwoch, 9. 12. 20, Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17. Vortragabend: „Gegenseitige Hilfe und Kommunismus in der Natur“. Lehrer: Walter.

Verein sozialistischer Lebensreform: Berlin: Donnerstag, 10. 12. 1931, im Gewerkschaftshaus, Engelauer, Aufgang C. 3 Treppen. Vortrag von H. Hauptmann: Philosophie der Liebe. Diskussion.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 7, Magazinstr. 16/16.

Unzufriedenheit bei den Gewerkschaftsmitgliedern

Wie wir erfahren, hat am Freitag im Nordwest-Kasino in Moabit eine Versammlung von Afa-Mitgliedern der Firmen Bamag, Adrema und Löwe getagt.

Die Vorgeschichte dieser Versammlung ist zumindest eigenartig. Da die Mitglieder und Funktionäre der obengenannten Firmen seit langem schon mit der Gewerkschaftspolitik unzufrieden sind, hatten sie beschloßen, selbstständig eine Versammlung einzuberufen, um Stellung gegen die von ihnen mißbilligte Gewerkschaftspolitik zu nehmen. Ursprünglich war auch beabsichtigt, die AEG-Betriebe aus den Nordwestbezirken einzuladen. Der Vorstand des Afa-Bundes erhielt von diesem Vorhaben Kenntnis und ließ sofort, wie dies ja heute üblich ist, gegen diese oppositionellen Mitglieder den Apparat spielen. Der Vorstand des Afa-Bundes stellte sich auf den Standpunkt, daß nur er die Versammlung einberufen kann und auch den Referenten zu bestimmen hätte. Die Kollegen der obengenannten Firmen gaben sich aus Zweckmäßigkeitsgründen damit zufrieden, verlangten jedoch die Stellung eines Korreferenten, was abgelehnt wurde. Außerdem gab der Bundesvorstand an die Funktionäre der obengenannten Firmen den Bescheid, daß die Betriebe der AEG gar kein Interesse an der Versammlung hätten, was den Tatsachen direkt entgegenspricht, denn die Handlung des Vorstandes zeigt sehr deutlich, daß von vornherein der Wunsch bestand, eine nicht allzu große Anzahl oppositioneller Mitglieder auf einen Punkt zu konzentrieren.

Das Thema des Referenten Dr. Fritz Pfirrmann lautete: „Die Gewerkschaften im Kampf gegen die Krise“. Dr. Pfirrmann entledigte sich seiner Aufgabe in der Aufzeichnung der Krise in allerdings schon sehr oft gehörten Ausführungen sehr gut. Von einem Kampf der Gewerkschaften gegen die Krise war dem Referat nichts zu entnehmen. Bei Eintritt in die Diskussion meldete sich Genosse Hauschild zum Wort, das ihm jedoch von dem Vorsitzenden der Versammlung, der eine Anweisung des Vorstandes des Afa-Bundes in der Tasche hatte, Betriebsfremde nicht sprechen zu lassen, verweigert wurde. Genosse Hauschild war von

seinen Freunden, den Bamag-Funktionären, eingeladen worden. Ein geschäftsordnungsmäßig gestellter Antrag, Hauschild sprechen zu lassen, wurde von der außerordentlich stark besuchten Versammlung gegen nur 4 Stimmen angenommen. Genosse Hauschild wandte sich in seinen Ausführungen scharf gegen die bisherige Gewerkschaftstaktik, die sich im Verlauf im besonderen des letzten Jahres unheilvoll gegen die Arbeitnehmer ausgewirkt hat. Die Ursachen dieser falschen Taktik, so führte er aus, liegen in der Hauptsache in der außerordentlich engen und scheinbar unelastischen Verbindung der Gewerkschaftsführer mit der SPD-Parteileitung. Die katastrophale Tolerierungspolitik, die von den Gewerkschaften mitgemacht wurde, ist eine der Hauptursachen dafür, daß sich die Gewerkschaften im Kampf gegen die Verschlechterung des Lebensstandards der Angestellten und Arbeiter und gegen den Faschismus nicht mehr entfalten können. Auch die Werbemöglichkeiten für neue Mitglieder in den Gewerkschaften seien dadurch außerordentlich erschwert worden. Am Schlusse seiner Ausführungen wies Genosse Hauschild darauf hin, daß eine sofortige Umstellung der Taktik, d. h. Rückkehr der Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes, ein gut Teil des Weges aus der Krise bedeuten würde. Die nachfolgenden Diskussionsredner übten sämtlich scharfe Kritik an dem Verhalten der Gewerkschaften, die von der Mehrzahl der Versammlung beifällig aufgenommen wurde.

Aus der Stimmung der Versammlung heraus wurde folgende Resolution eingebracht:

Die heute, am 4. 12. 1931, im Nordwest-Kasino tagenden Afa-Mitglieder der obigen Betriebe stellen fest, daß die Afa-Gewerkschaften sich in ihrer bisherigen Taktik bezüglich Bekämpfung der Krise sofort umstellen müssen zum Nutzen der in ihnen organisierten Arbeitnehmerschaft.

Lesgleichen fordert die Versammlung die sofortige Lösung von der unheilvollen Tolerierungspolitik der SPD, die die Afa-Verbände bisher kurzsichtig mit vertreten haben.

Feuilleton der SAZ

„Unsere Henny“ geht unter die Historiker

Die Darstellerin der „Königin Luise“ in dem neuesten Großfilm der Tobis-Film-Gesellschaft, Frau Henny Porten, macht sich niedlich. Der Liebling der deutschen Bürgerfrauen nutzt die neue Rolle, die ihr der frühere Präsident der preußischen Dichterkademie, Herr Walter von Molo auf den Leib gedichtet hat, zu einem — sozusagen historischen Lehrgang, den sie für die Leser des Berliner „8 Uhr-Abendblattes“ hält. Da erzählt Frau Henny erst einmal, wie sehr ihr die Rolle liege, „die ausgesprochen das Mütterliche darstellt,“ und dann belehrt sie die bösen Menschen, denen die Königin Luise ebensowenig bedeutet wie andere Fürstlichkeiten auch, folgendermaßen:

„Gerade in unserer heutigen, politisch verheizten Zeit ist es notwendig, zu zeigen, wie eine historische Persönlichkeit, die von den einen verachtet und erniedrigt, von den anderen vergöttert wird, ein einfacher und natürlich empfindender Mensch ist...“

Und schließlich versteigt sich Henny gar in eine Lektion für die Historiker vom Fach. Mit Mißbilligung stellt sie fest:

„Es ist leider noch immer die völlig falsche Ansicht“ verbreitet, daß Luise eine Kriegshetzerin gewesen sei...“

Mit dieser grundfalschen, wenn auch defätistischen Erkenntnis, wird „unsere Henny“ sich gewiß ihre Tour vermasseln. Wenn sie die Königin Luise als Kriegstreiberin spielen würde, so wäre ihr wohl die Erhebung zur Ehrenname des Stahlhelmschwernbundes „Königin Luise“ gewiß.

Aber Frau Portens Ehrgeize richten sich auch auf die Zerstörung noch anderer Legenden. Da wurde von zünftigen Betrachtern des Lebens ihrer Heldin immer wieder angenommen, daß diese Rose Preußens intime Beziehungen zu dem schönen Prinzen Louis Ferdinand unterhalten habe, von dem der Dichter sang:

„Zwei Fuß hoch aufgeschossen —
Ein Kriegsgott anzuschauen.
Der Abgott der Genossen,
Der Liebling schöner Frau'n...“

Auch diesen Tatbestand bestreitet Frau Porten rundweg:

„Luise war ein leidenschaftlicher Mensch, der sich aber äußerst beherrschte und sehr darunter litt, daß ihr Mann so ganz anders war als sie. Wenn sie für einen Menschen eine besondere Leidenschaft hatte, so war das Prinz Louis Ferdinand. Aber nie hat sie dieser Leidenschaft nachgegeben; sie hat im Gegenteil alle derartigen Meinungen immer unterdrückt...“

Die Filmschauspielerin als Historikerin — das ist der Gipfel von Lächerlichkeit. Hat die Diva denn in ihrer Umgebung keinen Menschen, der sie davor bewahrt, ein Parkett zu betreten, auf dem sie ausgleiten muß?

Mit den Jahren pflegt doch sonst der Verstand zu wachsen, wenn das Sprichwort wahr spricht.

Um historische Klitterungen brauchte sich das Ideal der deutschen Jungfrauen wahrhaftig nicht zu bemühen. Kessander.

Ueber Rebellion

Eines müßt ihr wissen: wenn das Uebermaß der Leiden in euch den Entschluß heranreifen läßt, jene Rechte zu erlangen, die euch von den Unterdrückten geraubt worden sind, so beschuldigen euch diese der Zerstörung der Ordnung, ne nen euch Rebellen. Rebellen gegen wen? Es gibt bloß eine einzige Rebellion, die gegen den wahren Herrn der Menschheit, gegen das Volk. Und wie kann das Volk rebellieren? Die Rebellen sind jene, die sich auf Kosten des Volkes verbrecherische Privilegien aneignen, die, vermittelt Gewalt oder List, das Volk in Not und Elend unterwerfen. Wenn das Volk deren Herrschaft zerschmettert, so stört es nicht die Ordnung, im Gegenteil, es stellt sie her, und wirkt am Werk der ewigen Gerechtigkeit.

Lamennais.

Drei Bedingungen

Damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muß er sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittene Klasse. Dies — erstens. Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Elz des Volkes stützen. Dies — zweitens. Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der wachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der Vorhut des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, schwankenden, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind. Dies — drittens. Durch diese drei Bedingungen in der Frage des Aufstandes unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus.

Lenin.

(Aus: „Marxismus und Aufstand.“)

Vierzehntausend Millionen gefangene Sklaven Von der Naturkraft und der Menschenkraft

Von Jakob Meth

Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist davon abhängig, daß immer mehr Naturkräfte in den Dienst des Menschen gestellt werden. Der primitive Mensch hat die Naturkräfte gefürchtet, der entwickelte Mensch lernte sie erkennen und beherrschen. In den Dampfmaschinen der Kraftwerke, in den Motoren der Industrie und der Verkehrsmittel, in den Turbinen der Wasserkraftwerke arbeiten heute schon zehnmal soviel Menschenkräfte, als es Menschen auf der Erde gibt. Für jeden Menschen, Greise und Kinder, Neger und Kulis, also alle die hundert Millionen bedürfnisloser, farbiger Menschen miteingerechnet, für jeden Menschen auf dieser Erde arbeiten heute schon zehn eiserne Sklaven. Sie beziehen ihre Energie aus Naturkräften, und zwar in der Hauptsache aus der Wärme, die bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl entsteht, aus der Kraft des von den Bergen stürzenden Wassers und zu einem kleinen Teil schon aus der Kraft des Windes.

Entfesselte Kräfte im Wasser

An Wasserkraften allein gibt es auf der Erde etwa fünfhundertsechzig Millionen Kilowatt, das sind in Menschenkräfte umgerechnet fünfzehnmal mehr als Menschen auf der Erde leben. Nur etwa fünf Prozent dieser Wasserkraften sind bisher ausgebaut. Alle anderen rinnen nutzlos aus den Bergen ins Tal, werden im Meer von der Sonne wieder hochgehoben, regnen aus den Wolken nieder und bilden den ewigen Kreislauf des Wassers, von dem, soweit er nutzbar gemacht werden kann, nur etwa ein Zwanzigstel in den Dienst der Menschen gestellt ist.

Wind, wo ist dein Nutzen?

Könnte man den hundertsten Teil eines Hundertstels der Windkräfte auswerten, die jahraus, jahrein über die Erde wehen, dann brauchte man in den Dampfmaschinen keine Kohlen und in den Motoren kein Öl. Es würde genügen, wenn auf je sechs Quadratkilometer Fläche der Erde ein hundert Meter hoher Turm mit einem Windmotor, dessen

Propeller 25 Meter lang sind, aufgestellt würde, um jenes Hundertstel eines Hundertstels der Windkraft auszunutzen, das uns den ganzen Energiebedarf unserer Maschinen decken könnte. Die ganze in der heutigen Weltwirtschaft tätige Energie könnte aus der Windkraft bezogen werden. Nur wenige Voraussetzungen, die zum großen Teil heute schon gegeben sind, müssen erfüllt werden, um der Menschheit diese ungeheure Menge billiger Energie zu erschließen. Es müßten Windmotoren geschaffen werden, die schon bei einer Windgeschwindigkeit von zwei Metern in der Sekunde anlaufen und womöglich noch Geschwindigkeiten von über zehn Metern in der Sekunde ausnützen und sich beim Sturm automatisch abschalten. Die Ausnützung der Windkraft ist heute schon technisch möglich, sie ist an einzelnen Stellen schon in praktischer Verwendung, im allgemeinen ist sie unter den heutigen Verhältnissen noch zu teuer, sie kann noch nicht mit der Wasserkraft und mit dem Benzinmotor konkurrieren.

Der Riesenhohlspiegel in der Wüste

In einigen tropischen Gebieten sind heute schon Maschinen aufgestellt, die Sonnenstrahlen direkt in Dampfkraft und die so gewonnene Dampfkraft in Elektrizität umwandeln. Das Sonnenlicht wird in Hohlspiegeln auf kleine Dampfkessel oder Dampfröhren konzentriert und so gezwungen, Arbeit zu leisten. Könnte man auch nur ein Tausendstel der Wüstenflächen in den Tropen mit den heutigen noch sehr unzureichenden Sonnenkraftmaschinen ausnützen, dann ergäbe dies viermal soviel nutzbare Energie, als heute in allen ortsfesten Maschinen des Wirtschaftslebens der ganzen Welt tätig ist. Gewiß stehen noch große Hindernisse solchen Projekten entgegen. Die Wüste mit ihren Sandstürmen ist nicht nur den Menschen, sondern auch den Maschinen gefährlich. Aber Hindernisse haben die technische Entwicklung nie dauernd aufhalten können. Es wird sowohl möglich sein, den Wirkungsgrad der Sonnenkraftmaschine, die heute nur etwa 5 Prozent der Sonnenwärme ausnützt, zu steigern; als

auch die Schwierigkeiten, die heute einer großzügigen, direkten Ausnützung der Sonnenwärme entgegenstehen, zu überwinden. Hier soll nur gezeigt werden, daß es noch ungeheure Kraftreserven gibt, deren Ausnützung durchaus keine Utopie mehr ist.

Wasser, Wind und Sonnenstrahlen sind jedoch nicht die einzigen Energiequellen, die heute, wenn auch nur zu geringem Teil, erschlossen sind. Die Techniker haben Projekte ausgearbeitet, um auch andere Naturkräfte wie Elektrizität aus der Luft, die Kraft der Meereswellen, die Wärmeunterschiede in den Tropen- und Polarmeeren und andere bisher ungenützte Naturkräfte dem Menschen dienstbar zu machen. Einzelne dieser Projekte sind bereits zu praktischen Anlagen ausgereift. Wenn es sich auch nur um kleine Anfänge handelt, weisen sie doch in eine Zukunft, in der die Naturkräfte in einem Ausmaß, das weit über die heutige Möglichkeit hinausreicht, in den Dienst der Menschen gestellt werden.

Hunger und Ueberfluß

Aber trotz dem gewaltigen Reichtum der Naturkräfte leben viele hunderte Millionen Menschen in bitterster Not. In China sind Millionen von Menschen verhungert, in Indien leben unzählige Millionen Menschen fast ausschließlich von einem Stück trockenen Gerstebrot, das viele Europäer nicht einmal ihren Hunden anbieten würden. In Europa und in Nordamerika sind viele Millionen arbeitslos und mit ihren Familien dem Hunger ausgesetzt. Nur eintausendachtundert Millionen Menschen leben auf der Erde, aber vierzehntausend Millionen Menschenkräfte arbeiten in den Maschinen. Sie schaffen Güter und Reichtum, sie erzeugen Nahrung, Kleidung und alles, was die Menschen zum Leben brauchen. Aber eine unsinnige Wirtschaftsordnung versagt der überwältigenden Mehrheit des Menschengeschlechts den Genuß dieses Reichtums. Es ist an der Zeit, daß die Menschheit auch den sozialen Bau der Gesellschaft derart ändert, daß der wachsende Reichtum der Naturkräfte zum Wohlstand für alle wird.

Das Urteil von Leeds Englische Richter gegen den Paragraph 218

Die Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 2. Dezember 1931 enthält eine wichtige Meldung aus London. In Leeds in England wurde ein Freispruch gefällt in einer Verhandlung gegen eine Arbeiterfrau, die wegen Abtreibung auf der Anklagebank saß. Im Hinblick darauf, daß sie bereits Mutter von sieben Kindern war und in erbärmlichen Verhältnissen lebte, wurde sie freigesprochen.

Der Richter begründete den Freispruch mit der Tatsache, daß England überbevölkert sei. Die Jurisdiktion in den Abtreibungsprozessen wäre höchst verbesserungsbedürftig.

Und das Gericht zu Leeds trat ferner auch dafür ein, daß die Erlaubnis zur Geburteneinschränkung auch den Angehörigen der notleidenden Schicht zugestimmt werden müsse....

Im reaktionären England also kann es ein humaner Richter wagen, eine Frau mit einer sozialen Begründung von der gegen sie erhobenen Anklage freizusprechen.

Etwas derartiges wäre in Deutschland unmöglich. Die kürzlich veröffentlichte Denkschrift über den Gesundheitszustand des deutschen Volkes, die von Herrn Wehrminister Groener unterzeichnet ist, vertritt offiziell in dieser Frage Gedankengänge, die jenen des Richters zu Leeds und seiner gewiß auch nicht eben modernen englischen Rechtspflege diametral zuwiderlaufen. Da wird z. B. als Folge der Geburtenbeschränkung mit Emphase prophezeit,

„daß das deutsche Volk vielleicht schon im nächsten Jahrzehnt einen völligen Stillstand des Bevölkerungswachstums und dann fortschreitende Bevölkerungsverluste erleiden wird, deren Dauer und Maß nicht abzusehen sind.“

Ganz im Gegensatz zu dem zitierten englischen Urteil wird in der deutschen offiziellen Denkschrift die These verfochten:

„Die Geburtenbeschränkung wird vielfach als eine vorübergehende, sich selbst ausgleichende Reaktion auf die starke Volksvermehrung der letzten Jahrzehnte angesehen und nicht als eine Entwicklung, die stärkstens gehemmt werden muß...“

Durch die Beibehaltung des

Paragraphen 218 natürlich! — Das Argument von der bereits an sich schon starken Uebervölkerung, das ein englischer Richter als Entschuldigung gelten läßt, finden wir in diesem amtlichen deutschen Dokument nicht, obwohl die deutschen Verhältnisse doch eine gewisse Ähnlichkeit mit den englischen aufweisen dürften. Die Denkschrift malt das Gespenst der „Verstümmelung des Volksbestandes“ an die Wand, um fortzuführen:

„Uebersaus wichtige Gründe sprechen für die Annahme, daß es sich hier um eine Bewegung handelt, die schließlich zu tiefgreifenden Umwälzungen im Völkerverhalten (?) und zur Aufsaugung der fortpflanzungsschwachen Stämme führen wird. Einmal lehnen die Beispiele aus der Geschichte, dann aber ist es auch in den Gesetzen der Bevölkerungsbewegung begründet, daß die Kinderaufzucht bei einem Volke, das mehrere Jahrzehnte eine für die Erhaltung des Volksbestandes nicht ausreichende Fortpflanzung besaß, immer schwieriger wird...“

Klar erkennbar ist aus diesem Zeitdokument vor allem Groeners Wunsch nach verstärkter Fortpflanzung, damit um Gottes willen die Kategorie der Zivilversorgungsberechtigten nicht aussterbe. Also hüben rein militäpoltische, drüben soziale und menschliche Gesichtspunkte bei der Beurteilung des zeitgemäßen Problems der Geburtenregulierung! B. K.

Wer sabotiert die Volksvermehrung?

In der bürgerlichen Presse aller Schattierungen wird gegenwärtig der Geburtenrückgang in Deutschland in den schwärzesten Farben gemalt. Hauptsächlich kirchliche Kreise stimmen über den „Tiefstand der Volksmoral“, der sich besonders im Geburtenrückgang ausdrückt, ein bewegliches Klage lied an. In diesem Zusammenhang sind nun die Untersuchungen von Dresel und Fries im 7. Jahrbuch der „Öffentlichen Gesundheitspflege“ interessant. Diese Untersuchungen erstreckten sich auf 900 Ehen bei einer Zeitdauer von 15 Jahren und stellten hinsichtlich der sozialen Schichtung der Eltern folgende Kinderzahlen fest:

Akademiker	2,7
Freie Berufe	3,0

Beamte und Lehrer	3,2
Kaufleute	3,4
Selbst. Handwerker	3,8
Angestellte	4,3
Arbeiter	6

Auch in andern Ländern kann die gleiche Erscheinung beobachtet werden. Im englischen Oberhause wurden beispielsweise am 28. April 1926 folgende Zahlen genannt:

Auf 100 Verheiratete unter 50 Jahren kommen Kinder:

bei Lehrern	98
bei Geistlichen	100—102
bei Aerzten und Beamten	103—105
bei gelernten Arbeitern	153
bei ungelerten Arbeitern	247

Aus diesem Material ist klar ersichtlich, daß gerade diejenigen Kreise, die sich gegenwärtig in Wort und Schrift für die Hebung der Geburtenziffer einsetzen, selbst die von ihnen so heiß ersehnte Volksvermehrung sabotieren. Wenn sie über den Niedergang der Volksmoral zetern, so klingt dieses Geschrei sehr verdächtig nach „Haltet den Dieb!“ Wie auf allen Gebieten, so wird auch die Aufklärung der untersten Volksschichten im Sinne der Geburtenregelung mit moralischem Niedergang gewertet. Es ist sonderbar, daß die „höheren“ Volksschichten an diesem angeblichen Niedergang so hervorragend beteiligt sind.

Kleines Feuilleton

Andersen-Nexo über seine Rußlandfahrt

Der dänische Schriftsteller M. Andersen-Nexo absolviert gegenwärtig in Dänemark eine Reihe von Vorträgen über seine jüngste Rußlandreise. Seine Eindrücke aus Rußland wird er in einem Buche zusammenfassen, deren Erstdruck der Zeitschrift der Moskauer Vereinigung proletarischer Schriftsteller vorbehalten ist.

Bernard Shaws „Piraten-Flotten“.

Bernard Shaw gibt jetzt in einem Londoner Verlage eine neue Zusammenstellung von Kriegsartikeln heraus, die unter dem Titel „Was ich wirklich über den Krieg geschrieben habe“ die allgemeine Stellungnahme des Dichters zum Krieg erklären soll. Im Vorwort entschuldigt Shaw seine nationalistische Auffassung mit dem Satze: „Wenn man sich im Kampfe zweier Piratenflotten an Bord einer von beiden befindet, kann man unmöglich immer unparteiisch sein.“

Der tägliche Vormarsch

Sachsen wieder vorn:

Erla-Crandorf im Erzgebirge meldet Gründungsversammlung. Am ersten Tag hat die neue Ortsgruppe der SAP ebenso viel Mitglieder wie die SPD am Orte. Der Boden für eine starke Aufwärtsentwicklung ist gegeben. Die Bildung einer Schutzabteilung ist vollzogen.

In Wildenfels wurde ebenfalls Fuß gefaßt; auch dort bildet eine Gruppe aktiver Genossen eine Ortsgruppe der SAP.

Vorwärts am Rhein und im Reich.

In Brandenburg führt die SAP eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Seydewitz durch, die den größten Saal der Stadt füllt.

In Schkeuditz wird der 1. Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und langjährige SPD-Funktionär Genosse Hänicke vom SPD-Apparat ausgeschlossen und tritt sofort der SAP bei.

Unsere Ortsgruppe in Wesel (Rheinland) meldet:

Die Gruppe begann mit 6 Genossen und umfaßt heute 50, im Schutzbund marschieren 40 aktive Kameraden, die Mitglieder der SAJ sind bis auf 2 Mann zum SJV übergetreten!

In den Klauen des Klassenstaates

Republikschutz — gegen klassenbewußte Proleten

Berlin, 5. Dezember.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Sonnabend den Arbeitslosen Hermann Küster wegen Vergehens gegen Paragraph 4 Ziffer 4 und 5 des Republikchutzgesetzes zu fünf Monaten Gefängnis.

Küster wurde am 7. Oktober d. J. verhaftet, weil er im Verdacht stand, an der Ermordung der Polizeihauptleute Lenk und Anlauf am 9. August 1931 teilgenommen zu haben. Dieser Verdacht bestätigte sich nicht, aber die Durchsuchung seiner Wohnung ergab, daß er sich im Besitze einer großen Anzahl kommunistischer Schriften befand und eine rege politische Tätigkeit entwickelte. (Das genügt in diesem Staat der Meinungsfreiheit, um als ein umstürzlerisches Individuum zu gelten! D. R.) Küster gab zu, Kassierer der ersten Einheit des Unterganges Nord des verbotenen RFB zu sein. Da der RFB für das Gebiet des Freistaates Preußen mit Zustimmung der Reichsregierung aufgelöst ist, erblickte das Gericht in der Mitgliedschaft eine strafbare Handlung, da Küster einer geheimen staatsfeindlichen Verbindung angehörte, die die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform zu untergraben sucht. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

Die Akten waren ursprünglich dem Oberreichsanwalt übersandt worden, da auch ein Verdacht bestand, daß sich Küster der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht hatte. Mangels ausreichender Beweise wurde aber eine Anklage nach dieser Richtung gegen Küster nicht erhoben.

Sachsens Gemeindesteuer-Notverordnung anerkannt

Leipzig, 5. Dezember.

In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Wirtschaftspartei im sächsischen Landtag gegen das Land Sachsen wegen Feststellung der Verfassungswidrigkeit der sächsischen Gemeindesteuer-Notverordnung vom 24. September 1920 und wegen Aenderung des § 7 des Gesetzes vom 30. März 1921 zum Vollzug des zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wies der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Anträge zurück.

Modernisierung Leningrads

Es soll Musterstadt werden.

Moskau, 5. Dezember.

Einem von Molotow und Stalin unterzeichneten Aufruf des Rats der Volkskommissare und des Zentralkomitees zufolge soll Leningrad zu einer Musterstadt umgestaltet werden. Der Aufruf hebt hervor, daß Leningrad in dem Vormarsch des sozialistischen Aufbaues, dem Wachsen der Industrie und der Verbesserung der kulturellen Lage und der Lebenshaltung der Werktätigen in den ersten drei Jahren des Fünfjahresplans große Fortschritte gemacht habe. Indessen hielten der Kommunal- und der Wohnungsbau Leningrads mit den wirtschaftlichen Erfolgen nicht Schritt, so daß die ständig wachsenden kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter nicht befriedigt werden könnten. Der Aufruf macht deshalb von einem großen Plan der baulichen Umgestaltung Leningrads Mitteilung, mit dessen Durchführung bereits 1932 begonnen werden soll. Es sollen 1,2 Millionen Quadratmeter neue Wohnfläche, 55 km neue Straßenbahnlinsen, 450 000 Quadratmeter Fahrdamm geschaffen sowie 450 neue Straßenbahnwagen und 300 Kraftwagen zugelegt werden. Für 1932 sind zunächst 290 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt worden. Zu gleicher Zeit mit dieser baulichen Neuerung Leningrads soll die ehemalige Hauptstadt auch eine selbständige Verwaltung erhalten.

Unsere Werbekraft

Führender Kommunist tritt zur SAP über

Am Freitag sprach der Genosse Klaus Zweiling in Premnitz (Westhavelland) in einer öffentlichen Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei. In der Diskussion sprachen zwei Brandenburger Kommunisten, die wie üblich über den Interessen ihrer Partei das gemeinsame Interesse der proletarischen Klasse vergaßen. Immerhin führte der eine eine durchaus sachliche und fruchtbare Diskussion. Als der andere Kommunist sich zu unsachlichen Verdächtigungen der Sozialistischen Arbeiterpartei hinreißen ließ, weckte er Stürme der Empörung in der Versammlung, die angesichts der immer drohender auftretenden faschistischen Gefahr kein Verständnis für solche „Diskussionsmethoden“ aufbrachte. Selbst die anwesenden Kommunisten nahmen diese Diskussionsrede ohne jede Beifallsbezeugung auf. Im Schlußwort zeigte Gen. Klaus Zweiling, daß die KPD sich bisher nicht

fähig gezeigt habe, die Massen zur revolutionären Aktion zusammenzufassen, und daß diese Aufgabe, die wichtigste Aufgabe der nächsten Entwicklung, nunmehr von der Sozialistischen Arbeiterpartei in Angriff genommen werde, wobei die SAP gern mit allen ehrlich revolutionären Kräften zusammenarbeite zum gemeinsamen Ziel.

Das Ergebnis der Versammlung war, daß ein führender Premnitzer Kommunist, der Genosse Emil Schneider, seinen

Uebertritt von der KPD zur Sozialistischen Arbeiterpartei vollzog. Genosse Emil Schneider war bis vor kurzem noch Vorsitzender der Ortsgruppe Premnitz der KPD und ist Kreistagsabgeordneter. Durch seinen Uebertritt erhält die Sozialistische Arbeiterpartei nunmehr ihr zweites Mandat im Kreistag von Westhavelland.

Der neue Mann stellt sich vor

Proben der kommenden Regierungskunst — Geßlers Reichsreform

Rr. Freiburg (Baden), 8. Dezember.

Groenens Vorgänger und vielleicht Brünings Nachfolger als „neutrale Spitze“ der kommenden Koalitionsregierung Kreuz-Hakenkreuz entwickelte gestern vor Studenten und einigen gewöhnlichen Sterblichen seine Gedanken zur Reichsreform. Aus dem etwas einschläfernden Vortrag sind nur einige Stellen bemerkenswert als eine Art Beitrag zur künftigen Regierungserklärung.

Geßler und das Kanzleramt

„Man stelle sich vor, was es für eine Last ist, die auf den Schultern des Reichskanzlers ruht.“

Keine Angst, Landvogt, du bist entschuldigt, wenn was schiefl geht. Und im Satz darauf die Feststellung, daß die leitenden Männer sich verbrauchen (also her mit dem neuen Kanzler! — Für deutsche Militärs gilt diese Feststellung anscheinend nicht!).

Sein außenpolitischer Leitsatz:

„Frankreich und einige andere Staaten erkennen ein Lebensrecht des deutschen Volkes nicht an.“

„Die Frage der nächsten hundert Jahre ist die Frage des Bestehens Deutschlands als Nation.“

Direkt hat er zur Aufrüstung allerdings nicht Stellung genommen. Aber das genügt.

Innenpolitik

Der Reichsrat habe versagt. Also muß — nicht der Reichstag mehr Rechte bekommen, sondern — und darauf lief der ganze Vortrag hinaus — Preußen und einige norddeutsche Kleinstaaten müssen Reichsland werden. Der Reichskanzler muß zugleich preußischer Ministerpräsident sein. (Wofür sich doch dieser Mann für geeignet hält! Erst Oberbürgermeister von Nürnberg, dann Minister der schwarzen und grauen Reichswehr, jetzt Kanzler und Preußenpräses.) Reichsinnenministerium und preußisches sind in einer Hand. Dafür muß der Innenminister Preße sein. Zum Ausgleich dafür sein Staatssekretär Süddeutscher.

Man sieht, es ist alles bis ins Kleinste schon ausgedacht. Nur fragt sich, ob das die Hauptaufgaben eines Reichskanzlers sein können.

Sozialpolitik

Darüber schwieg Geßler sich aus. Nur be-

klagte er in einem Nebensatz, daß die Sozialversicherungen zentralisiert seien. Vermutlich soll also das Sozialversicherungswesen, dezentralisiert, Sache der Länder werden! Das würde bedeuten: Aufhören aller Reichsschlüsse für das Sozialwesen, Unmöglichkeit einer Kontrolle des Sozialwesens im Reichsmaßstab und manche andere nette Möglichkeit für die Reaktion.

(Der Bund für Erneuerung des Reiches, dessen Vorsitzender Geßler ist, steht der Schwerindustrie sehr nahe, z. B. durch die Person des Gründers Luther, Reichskanzler a. D.)

Burgfrieden

Der Weisheit letzter Schluß (dann ist sie wirklich zu Ende): „Alle Glieder müssen zusammenarbeiten. Reichsfreudig müssen wir werden, das ist unsere wichtigste Aufgabe.“

Ein Glück nur, daß infolge des hohen Eintrittspreises keine Stempelbrüder da waren.

Eine bemerkenswerte Erkenntnis

„Die politisch so wichtigen Gebiete der Schule, der Kirche, der Landwirtschaft müssen den Ländern überlassen bleiben.“ (Geßler ist Bayer.)

(Sollte einer aber Sorge für die Osthilfe haben: Preußen soll ja Reichsland werden!)

Eine bemerkenswerte Unkenntnis

„Das deutsche Volk will nichts als eine gute Verwaltung.“

Das Büro soll weiterregieren, aber ein gutes, d. h. rationalisiertes Büro.

War der Reichswehr-Einmarsch in Sachsen nur ein Mißverständnis?

Der Mann, der 1923 in Sachsen die Reichswehr (aus Versehen bekanntlich auch die schwarze) einmarschieren ließ, meinte: „Sachsen glaubte sich als Vertreter der dritten Internationale aufspielen zu müssen.“

Und dieses grobe Mißverständnis veranlaßte Ebert und Geßler, in das Land der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierung einzumarschieren und die zur Abwehr der unter Ehrhard an der Grenze lagernden 80 000 bayerischen Illegalen errichteten roten Hundertschaften aufzulösen.

Schöne Regierungskünster das, die nicht mal wissen, warum sie mit dem Bürgerkrieg spielten.

Mehr Freiheit den Ministern!

Der Parlamentarismus sei schuld am Zentralismus, und zwar infolge der Ministerverantwortlichkeit! — Also?

Als letzte der paar vorhandenen Rosinen aus dem Geßler-Kuchen

Ein vorbildliches Geßler-Dementi

In Leipzig hat Geßler davon gesprochen, daß wir im nächsten Frühjahr 4 bis 5 Milliarden Defizit haben würden. In Freiburg beschwerte er sich darüber, daß man ihm das heftig zum Vorwurf gemacht habe. Er habe doch nur vor geladenen Gästen gesprochen, habe auch angeführt, daß es sich nur um private Schätzungen handle, die er mit Vorbehalt wiedergebe.

Aber, fuhr er fort, ganz offiziell wird doch für das laufende Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von 400 Millionen erwartet, die „Frankfurter Zeitung“ habe für das kommende Haushaltsjahr einen Fehlbetrag von 1 Milliarde errechnet, Preußen habe einen solchen von 500 Millionen angekündigt, die Invalidenversicherung einen von 400. Das seien ja noch nicht 4—5 Milliarden, aber dazu kämen noch die Defizite in „den übrigen Versicherungszweigen“, in den Ländern und in den Kommunen. — Punkt.

Nach diesen Einblicken in die Regierungskunst kommender Zeiten lassen uns, Mitbürger! Republikaner! (wie die SPD ihrem letzten Aufruf beistelt), weiter den Brüning tolerieren, um ein kommendes größeres Uebel zu verhindern!

„Drüben“ können sie's auch

Calais, 5. Dezember.

Die Bank Chenut & Co. hat ihre Schalter schließen müssen. Der Direktor ist flüchtig. Der Fehlbetrag soll 8 Millionen Franken betragen.

Neues bürgerliches Kabinett in Lettland

Riga, 5. Dezember.

Die neue lettische Regierung wurde gestern gebildet. Skujenieks (Progressiver Jungwirth) ist Ministerpräsident, gleichzeitig mit der Wahrung der Geschäfte des Innen- und Finanzministeriums betraut. Die neue lettische Regierung wird von allen lettischen bürgerlichen Parteien unterstützt.

Das „pazifistische“ Amerika

Washington, 3. Dezember.

In seinem Jahresbericht an den Kongreß erklärt der Kriegsminister, daß die Armee der Vereinigten Staaten 1476 verwendungsfähige Flugzeuge besitzt, die zusammen mit den 1000 Flugzeugen des Fliegerkorps der Vereinigten Staaten den vierten Rang unter den Luftmächten der Welt sichern. Es seien neue Jagdflugzeuge mit einer Geschwindigkeit bis zu 214 Meilen und Bombenflugzeuge mit einer Geschwindigkeit von 188 Meilen in der Stunde in Auftrag gegeben worden. Diese neuen Flugzeuge würden die gegenwärtig verwendeten Militärmodelle um 40 bzw. 70 Meilen in der Stunde übertraffen. Die Mechanisierung der Armee werde fortgesetzt. Befriedigende Versuche seien mit einem Kampfwagen ausgeführt worden, der sowohl mit Raupenrädern als auch mit gewöhnlichen Rädern ausgestattet sei und wahrscheinlich auf der Straße eine Stundengeschwindigkeit von 60 Meilen und auf dem freien Feld eine solche von 30 bis 40 Meilen erreichen werde. Die Stärke der regulären Armee betrage, wie in dem Bericht weiter mitgeteilt wird, 12 000 Offiziere und 118 700 Unteroffiziere und Mannschaften, dazu kommen 199 000 Mann Nationalgarde und 108 000 Mann „organisierte Reserven“.

Der neue Präsident von Chile

Santiago de Chile, 5. Dezember.

Von dem in außerordentlicher Session versammelten Nationalkongreß und in Anwesenheit zahlreicher Diplomaten wurde Montero, nachdem er den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, zum Präsidenten der Republik bis zum 3. Dezember 1937 proklamiert.

Kleine Nachrichten

Neuer mexikanischer Gesandter. Der frühere Unterstaatssekretär Oktavio Mendosa-Gonzales wurde zum mexikanischen Gesandten für Berlin ernannt.

Henderson wünscht neuen Wahlkreis. Der frühere Außenminister Henderson läßt verlauten, daß er sich bei kommenden Neuwahlen nicht mehr in seinem jetzigen Wahlbezirk Burnley aufstellen lassen wolle, da die Wahltätigkeit ihn dort zu sehr angestrengt habe. Sollte er sich dazu entschließen, noch einmal als Kandidat für die Arbeiterpartei aufzutreten, so werde er darauf bestehen, daß für ihn ein ganz sicherer Wahlbezirk gefunden werde.

Gute Verbindungen muß man haben! Der Schwager Hoovers, Vaneß Leavitt, der am 10. vorigen Monats unter der Beschuldigung, Alkohol zu besitzen, verhaftet wurde, ist jetzt von der Anklage, gegen das Prohibitionsgesetz verstoßen zu haben, freigesprochen worden, obwohl er gestanden hatte, kurz vor seiner Verhaftung ein Glas Alkohol getrunken zu haben.

Das System aus den Fugen



Frankreich im Zeichen der kapitalistischen Krise
Pariser Arbeitslose warten vor einer Volkshütte auf die Ausstellung von warmem Essen

Werbt für die SAZ

Sportschau der SAZ

Der Wintersport beginnt

Ist dein Sportgerät in Ordnung?

Was ein rechter Sportler ist, der schon und pflegt auch seine Sportgeräte. Und wenn er Wintersport betreibt, dann wird er im Frühjahr seine Bretter nicht in die Ecke werfen mit allem Wachs und Dreck, sondern wird sie fein säuberlich reinigen, abziehen, wird die Bindungsriemen herausnehmen und ölen, dann die Hölzer zusammenschrauben, allmonatlich mal nachsehen und die Lauffläche von Zeit zu Zeit einölen. Der Prolet hat das besonders nötig, sein Geldbeutel erlaubt es nicht, alljährlich für ein paar verdorbene Schier Ersatz zu kaufen. Wer also seinem Wintersportgerät das Gegeben hat, was es braucht, der wird jetzt, wo der Schnee kommt, seine Freude haben und seine Hölzer werden ihm gute Freunde sein. Wer es nicht getan hat, nun, der muß selbst den Schaden tragen. Obwohl man Nachlässigkeit nicht unterstützen soll, seien hier den „Faulen“ einige Ratschläge gegeben.

gessen! Falls Unterseite lackiert, abkratzen.) Harte Riemen legt man am besten gleich eine Zeitlang in Öl und wälkt sie dann gut durch. Die Schuhe sind das Wichtigste beim Schi-Lauf. Man wird zwar mit billigen Eschenbrettern und mit geflickten Hosen aber sportgerechten Schuhen gut Schi laufen können, nie aber mit unzureichendem Schuhmaterial, und wenn man noch so schöne Schi-Hölzer und noch so feine Hickorys hat. Die Schuhe müssen also besonders gepflegt werden. Vor allem müssen sie „Form“ behalten; deshalb sind für Schistiefel genau passende Leisten unerlässlich. Dann verlangt das allgemeine Wohlbefinden, daß die Schuhe angenehm sind. Schlimm, wenn Schuhe durch mangelnde Pflege hart geworden sind. Da heißt es nur wieder: in Wasser eingetaucht, und dann bei Zimmertemperatur einölen und durchkneten. Wenn Schistiefel nicht mehr wasserdicht sind, wird folgendes Rezept emp-



Vor dem großen Sprung

Ein besonders schöner Moment aus dem neuen Bergfilm des bekannten Regisseurs Arnold Fanck, der unter dem Titel „Weißer Rausch“ in den nächsten Tagen in Berlin uraufgeführt wird. Wie fast alle Filme des alpinen Regisseurs behandelt er die tausend Möglichkeiten, Freuden und Gefahren des Schneeschuhlaufs.

Zunächst mal schnell die Schneeschuhe hergeholt! O weh, was erlebt man oft, wenn man da die Bretter einzeln hervorzieht. Von Spitzenaufbiegung ist oft keine Spur mehr, auch die Form hat meist gelitten, die Riemen sind hart und was noch. Was nun? Zunächst muß mal das Schmutz-Wachs-Gemisch von der Lauffläche herunter. Da gibt es eine einfache Methode. Man nimmt ein Stück Glas, bricht es auseinander und hat damit die schönste Ziehklänge. Es dauert nicht lange und man hat — wenn man nur ein bißchen geschickt ist, den Wachs-Schmutz herunter und eine schöne Fahrfläche. Das wäre so das Wichtigste! Dann werden die Bretter schön eingeweicht (Badewanne), gespannt, dann läßt man sie langsam trocknen, und die Spitzenaufbiegung wird wieder da sein. Dann stellt man sich aus Leinöl und Petroleum (je zur Hälfte) ein Gemisch her, das man heiß immer wieder aufträgt, und zwar solange, bis das Holz nichts mehr aufnimmt. (Spitzenaufbiegungen nicht ver-

fohlen: Paraffinspäne in Benzin erwärmen (äußerste Vorsicht) und diese Paraffinlösung in die Schuhe hineingießen. Das Benzin verflüchtigt sich, die Paraffinreste machen die Schuhe dicht. Dann später im Gebrauch die Schuhe nicht zuviel ölen, sondern nur einölen. Es ist nicht angenehm, wenn das Öl durchs Leder dringt, und saubere Strümpfe wärmen besser.

Das wäre so das Wichtigste! Aber fürs nächste Jahr merken wir uns: Die Pflege des Wintersportmaterials beginnt nicht am Anfang, sondern am Ende der Sportsaison, es lohnt die doch so kleine Mühe wirklich!

Freie Turnerschaft Breslau
1. Turnerinnen- und Frauen-Abteilung. Unterhaltungsabend Montag, den 7. d. Mts., 17 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses. Vortrag des Genossen Döhlitz. Die 2. Männer-Abteilung ist dazu eingeladen.

Was bringt der Rundfunk?

Berlin (Funkstunde): Montag, den 7. 12. 15.20 Uhr: Jenny Marx, die Lebensgefährtin von Karl Marx. — 17.30 Uhr: Bücherstunde für junge Menschen. — 17.50 Uhr: Literatur um 1910. Sprecher: Kurt Kersten. — Dienstag, den 8. 12. 18.45 Uhr: Alfred Wolfenstein liest eigene Dichtungen. — Mittwoch, d. 9. 12. 18.30 Uhr: Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. Die Straße gebiert die Armee. Valeriu Marcu. — Sonnabend, den 12. 12. 18.50 Uhr: Bücherstunde: Frauen im Lebenskampf. Paula Kurgaß.

Deutschlandsender Königswusterhausen: Freitag, den 11. 12. 21.05 Uhr: Vasatasena. Ein Spiel nach dem Indischen von Lion Feuchtwanger.

Westdeutschland: Dienstag, den 8. 12. 19.30 Uhr: Geschichte und Probleme der Arbeitslosigkeit. Dr. Kuske. — Freitag, den 11. 12. 21 Uhr: Vasatasena. Ein Spiel nach dem Indischen von Lion Feuchtwanger.

Süd- und Südwestdeutschland: Dienstag, den 8. 12. 18.40 Uhr: Nationale oder Weltwirtschaft. Dr. Feiler.

Ostmarken: Montag, den 7. 12. 20.30 Uhr: Die Brücke im Dschungel von Traven. Mit Original mexikanischen Schallplatten.

Schlesien: Sonntag, den 6. 12. 14.10 Uhr: Aus einem neuen Buch von Traven.

Für Sport ist niemand zu alt

Der Verein für Körperkultur „Proles“ schreibt uns:

Vor dem Kriege wurde der Sport vorwiegend von der jüngeren Generation ausgeübt, bedingt durch die damalige Methode. Es ist darin erfreulicherweise eine Aenderung eingetreten, nicht nur durch Schaffung von Altersriegen und Altersabteilungen, sondern hauptsächlich durch die Umgestaltung des Übungsstoffes in neuzeitlich, moderner Form.

Diese neuzeitliche Form hat es zuwege gebracht, größere Massen der Älteren für den Sport zu interessieren. Die Gymnastik nach Musik nimmt in der neuzeitlichen Methode einen breiten Raum ein. Ein moderner Übungsbetrieb ist heute ohne Musik gar nicht mehr denkbar. Die Geräte werden nur als Hilfsmittel oder zur „Abwechslung“ benutzt, weil das Ziel der Arbeitersportler nicht ist, „Gipfelturner“ und „Kanonen“ heranzubilden, sondern Massensport ist ihr Leitmotiv.

Die Statistik beweist, daß in der Viermillionenstadt Berlin ein ganz geringer Bruchteil der Arbeiterschaft Leibesübungen betreibt. Der Zweck der Körperkultur ist ja gerade Ausgleich zu schaffen gegenüber der Berufsarbeit und den Schäden der einseitigen Betätigung.

Daher treibt Sport in den Vereinen der Arbeitersportler. Kommt und seht euch mal einen Übungsabend von „Proles“ an, es wird euch gefallen!

Übungstunden

Ältere Männer: Norden, Antonstr. 36-40, Mittwochs 20-22 Uhr; Osten, Friedenstr. 31, Mittwochs 20-22 Uhr.

Ältere Frauen: Norden, Antonstr. 36-40, Dienstags 20-22 Uhr; Osten, Friedenstr. 31, Freitags 20-22 Uhr.

Jugend: Norden, Antonstr. 36-40, Freitags von 20-22 Uhr; Osten, Gubener Str. 53, Dienstags und Freitags 20-22 Uhr; Südost, Waldemarstr. 77, Dienstags und Donnerstags 20-22 Uhr.

Kinder: Norden, Lütticher Str. 4, Dienstags und Freitags 18-20 Uhr; Norden, Sonnenburger Str. 20, Mittwochs und Freitags 18 bis 20 Uhr; Osten, Gubener Str. 53, Dienstags und Freitags 18-20 Uhr.

Mittelschlesien

Interessante Fußballspiele

Der Sportbetrieb am kommenden Sonntag bringt einige sehr gute Begegnungen, auf deren Ausgang man mit Recht gespannt ist. Die Spiele der ersten Mannschaft beginnen sämtlich um 14 Uhr mit Ausnahme des Spiels Südost-1930, dessen Anstoß auf 10.30 Uhr vormittags gelegt ist. 1930 hat an den letzten Sonntagen gute Resultate erzielt. Auch Südost hat die Mannschaft wesentlich verstärkt, so daß ein sehr gutes Spiel zu erwarten ist. — In Maria-Höfchen stehen sich Sturm und 1924 gegenüber. Die Sturmmannschaft scheint in einer Krise zu stecken, so daß 1924 immerhin Aussichten auf Sieg hat. — Der Breslauer Bezirksmeister Blau-Weiß wird am Sonntag am Schlachthof Gelegenheit haben, zu beweisen, ob die Niederlage in Grünberg zu recht besteht. Wacker ist ein vorzüglicher Gegner. — Ob der Siegeswillen von Einheit für einen Erfolg gegenüber Falke in Neukirch ausreichen wird, erscheint fraglich. — Sil. Kick spielt gegen VfL im Stadion. Zeigt die Mannschaft VfL dieselben guten Spielleistungen wie am Vorsonntag, dann dürfte es auch zu einem Siege gegen Sil. Kick reichen. — Rapid-Askanis am Hatzfeldweg. Gegen die gute Rapid-Mannschaft dürfte es für Askania zu einem Siege noch nicht reichen. — Falls Oswitz nicht in voller Besetzung antritt, dann sollte der Sieger Märdorf heißen. — Union-Vorwärts in Dtsch-Lissa. Die Aufgabe, die sich Vorwärts gestellt hat, dürfte zu schwer sein, der Sieger heißt Union. — Strehlen-Brieg in Strehlen. Der Name des Brieger Vereins ist leider nicht angegeben. Trotzdem

Haase Spezial-Ausschank

Gabitzstr. 22 (am Markt) Tel. 35251

das Familienlokal des Südens

Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten in jeder Art

halten wir Strehlen für so stark, daß auch Brieger Mannschaften in Strehlen zu keinem Erfolge kommen sollten. — VfR.—Trebnitz an der Riemannhöhe. VfR. sollte vor einem neuen Erfolge stehen. — Stern-VfB. Gräbschen. Ohne Zweifel wird sich hier einer der besten Spiele des Sonntags entwickeln. — Zda.—Pfeil im Stadion. Der größte Widerstand wird Zda. nicht vor einer Niederlage bewahren können. — Hundsfeld-Groß-Nädlitz in Hundsfeld. Hier heißt der Sieger Hundsfeld. — Obernigk-VfK in Obernigk. Beide Mannschaften sind gleichmäßig gut besetzt, so daß ein Unentschieden erwartet wird. — Rosenthal-Kawallen auf der Brückenaue. Tritt Kawallen wiederum nicht mit voller Mannschaft an, dann sollte Rosenthal zum Siege kommen. — Eintracht-Schmolz in Masselwitz. Da das Spiel in Masselwitz stattfindet, dürfte Schmolz kaum zu einem Erfolg kommen. — Jordansmühl-Rothsürben in Jordansmühl. Ein knapper Sieg für Rothsürben wird erwartet. — Kanth-Paschwitz in Kanth. Zum ersten Male tritt Paschwitz an die Öffentlichkeit. Sie sollten alles daransetzen, um das erste Spiel siegreich zu gestalten.

Werbeveranstaltung in Domschau

Der neue Bundesverein Fortuna-Domschau tritt am kommenden Sonntag zum erstenmal mit Fußball-Werbespielen auf den Plan. Als Gegner wurde der ASV. Tasmania-Bettlern verpflichtet. Ueber die Spielstärke des neuen Bundesvereines ist nur wenig bekannt. Tasmania dagegen stellt eine gut durchgebildete Mannschaft ins Feld und dürfte durch ein rassiges Spiel für weitere Werbung im Sinne des Arbeiter-Sportes wirken. Dem jungen Bundesverein ist ein voller Erfolg zu wünschen. Bezirks-Technikerausschuß der Fußball-Sparte

Montag, den 7. Dezember, 19 Uhr, Vereins-Technikersitzung im Kartellbüro, Friedrich-Wilhelmstr. 45. Neuwahl des technischen Ausschusses. Jeder Verein muß pünktlich erscheinen.

Volksbühne

Theater & Bühnen
D. I. Norden 214
8 Uhr
Hans Aibers
in
Lillom

Denktagung

Für die innige und herzliche Anteilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter

Miana Hermentus

sagen wir allen Genossinnen und Genossen, besonders dem Gen. Loose für die trostreichen Abschiedsworte, unseren herzlichsten Dank.

Erich Hermentus u. Braut

DAS EINKAUFSHAUS DER SOZIALISTISCHEN JUGEND

empfeilt allen Genossen:

Fahrtbekleidung: Aermelwesten, Manchesteranzüge, Lodenmäntel, Windjacken, Stutzen, Sportsocken
Wanderausrüstung: Rucksäcke, Brotbeutel, Turnister, Gürtel, Zelte, Schlafsäcke, Decken
Reformschuhe: Sandalen, Sportstiefel, Tennschuhe
Kunstgewerbe: Holzleuchter, Broschen, gehämmerte Knöpfe, Spielsachen
Antikriegsabzeichen
Sozialistische Literatur, Laienspiele, gerahmte Kollwitzbilder, Kunstkalender und vieles andere

Uebt Solidarität! Kauft bei uns!

DIE FACKELSTUBEN

Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgruppen E. V.

BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62

Geöffnet von 9-19 Uhr Besucht uns unverbindlich

Rote Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint

Ed. IV

Sozialistische Programme und die SAP zur Programmdebatte der SAP von Anna Siemsen

In Vorbereitung, Ed. V Gewerkschaften im Klassenkampf

Preis für Mitglieder 3,- (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4,75.

Freie Verlagsgesellschaft

Berlin-Tempelhof, Lindenstraße 57

Schutzbund - Hemden

dunkelblau, mit rotem Binder, waschecht, stark am 3.- bei sofortiger Kasse, Abnahme von zwei Dutzend an liefert

Hemden-Fabrik Humboldt 1. St.

Schließfach 10

Düsseldorf

Jugendheim Volkshaus Ratingen

Samstag, den 5., und Sonntag den 6. 12. 1931

Eröffnung

des Helmes der Rätiger Arbeiterschaft

In allen Räumen musikalische Darbietungen. Kein Preisausschlag.

Es ladet ein

Die Verwaltung Der Ökonom

Restaurant Tauern

Düsseldorf, Wehrbahn 70

Verkehrs- und Versammlungslokal der SAP

Gut gepflegte Speisen und Getränke

Inhaber:

Wilhelm Ratte

Stärkt den

Sachsen

Schutzbundhemden!

Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen

Kurt Baumann

Niederhiesdorf, Zw. Rosenthaler Str. 51

Preis pro Hemd M. 3.10 / Teilzahl.

Ausschneiden! Aufheben!

Konsumverein „Vorwärts“ Löbau

Unsere werten Mitgliedern und den klugen und sparsamen Hausfrauen zur Kenntnis daß in der nächsten Woche die

Rückvergütung

in unseren Verteilungsstellen ausgezahlt wird.

Des weiteren gewähren wir dabei eine Woche lang doppelte Rückvergütung für die Einkäufe zur Weihnachtsbäckerei.

Empfehlen vorzügliche trockene Weizenmehle, Sultanas, Rosinen, Korinthen, Mandeln, süß und bitter, Blaumohn, Zitronat, Mandelersatz, frische Margarine, Schweineschmalz, Gewürze, gez. Zucker.

Billigste Preise für nur gute Qualitäten